

Thränert, Oliver

**Research Report**

## Der Iran und die Verbreitung von ABC-Waffen

SWP-Studie, No. S 30/2003

**Provided in Cooperation with:**

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

*Suggested Citation:* Thränert, Oliver (2003) : Der Iran und die Verbreitung von ABC-Waffen, SWP-Studie, No. S 30/2003, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/252479>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## **SWP-Studie**

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit

*Oliver Thränert*

# **Der Iran und die Verbreitung von ABC-Waffen**

S 30  
August 2003  
Berlin

**Alle Rechte vorbehalten.**

Abdruck oder vergleichbare  
Verwendung von Arbeiten  
der Stiftung Wissenschaft  
und Politik ist auch in Aus-  
zügen nur mit vorheriger  
schriftlicher Genehmigung  
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und  
Politik, 2003

**SWP**

Stiftung Wissenschaft und  
Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

ISSN 1611-6372

# Inhalt

<b>Problemstellung und Empfehlungen</b>	5
<b>Irans ABC-Waffen- und Raketenprojekte</b>	7
Ein iranisches Kernwaffenprogramm?	7
Chemische Waffen	11
Biologische Waffenprogramme?	12
Raketenprojekte	13
<b>Iranische Motive</b>	16
Wirtschaftliche Motive	16
Beweggründe für iranische Waffenprojekte	16
<i>Regionale Sicherheit</i>	17
<i>Stolz und Status</i>	18
<i>Iranischer Diskurs und Entscheidungsprozesse</i>	19
Iran und Rüstungskontrolle	21
NVV	22
CWÜ	24
BWÜ	25
<i>Hat Iran noch Interesse an Rüstungskontrolle?</i>	26
<b>Politikoptionen</b>	28
Akzeptanz eines nuklearen Iran?	28
<i>Regionale Sicherheit</i>	28
<i>Folgen für die iranische Politik</i>	29
<i>Folgen für die Nichtverbreitung</i>	30
Intervention	30
<i>Umfassende Militäroperation</i>	30
<i>Begrenzte Schläge gegen Nukleareinrichtungen</i>	31
<i>Einflußnahme von außen</i>	31
Rüstungskontrolle und Dialog	32
NVV-Implementierung	32
CWÜ-Implementierung	34
<i>Die Rüstungskontrolle wieder attraktiver machen</i>	35
<i>Regionale Sicherheit</i>	35
<b>Abkürzungen</b>	36



### **Der Iran und die Verbreitung von ABC-Waffen**

Die zunehmende Verbreitung atomarer, biologischer und chemischer Waffen sowie weitreichender Raketen und anderer Trägermittel stellt ein zentrales Problem internationaler Sicherheit dar. Während die Proliferationsproblematik in den USA schon seit Ende des Kalten Krieges weitgehend erkannt ist, scheint sich ihrer nun auch die Europäische Union immer stärker anzunehmen. Darauf deutet jedenfalls die Deklaration über Massenvernichtungswaffen auf dem EU-Gipfel von Saloniki im Juni 2003 hin.

Die Debatte über die internationale Nichtverbreitung von ABC-Waffen wird indes relativ abstrakt geführt und befaßt sich nicht ausreichend mit Einzelfällen drohender Weiterverbreitung. In dieser Studie soll daher konkret der Frage nachgegangen werden, inwiefern sich am Fall Iran ein Proliferationsproblem stellt und welche Politikoptionen für seine Regelung zur Verfügung stehen.

Iran rückte im Frühjahr 2003 in den internationalen Fokus, weil es kurz davor stand, die Fähigkeit zur Anreicherung von Uran zu erwerben. Das Land strebt den Aufbau eines vollständigen nuklearen Brennstoffkreislaufes an und wird seit Jahren verdächtigt, ABC-Waffen zu besitzen oder herzustellen. Dabei ist Iran engagiertes Mitglied sämtlicher relevanter Nichtverbreitungsregime. Insofern stellt Iran die existierenden Rüstungskontrollregime vor eine härtere Belastungsprobe als Nordkorea, das den Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) verlassen will und anderen Rüstungskontrollregimen gar nicht erst beigetreten ist. Im Unterschied zu anderen Proliferationskandidaten, bei denen es sich eindeutig um Diktaturen handelt, weist Irans politisches System sowohl diktatorische als auch demokratische Züge auf. Daher dürfte es in diesem Falle auch größere Möglichkeiten äußerer Einflußnahme geben. Schließlich ist Iran ein wesentlicher Faktor bei der künftigen Gestaltung des Nahen und Mittleren Ostens und könnte nicht nur in Konflikt mit dem NATO-Partner Türkei geraten, sondern darüber hinaus – eine Fortsetzung iranischer Raketenprojekte vorausgesetzt – die europäische Sicherheit mittel- bis langfristig direkt bedrohen.

Die Studie geht von der Prämisse aus, daß in Iran noch keine definitive Entscheidung gefallen ist, Kernwaffen zu bauen und den NVV zu verlassen. Aller Vor-

aussicht nach besteht daher noch mindestens vier bis fünf Jahre lang die Chance, auf Iran politisch Einfluß zu nehmen.

Im folgenden werden einige Politikoptionen zur Lösung des iranischen Proliferationsproblems analysiert mit dem Ziel, daraus einige vorsichtige Empfehlungen abzuleiten. Zuvor soll der aktuelle Stand des iranischen Atomprogramms umrissen werden. Daneben werden auch die biologischen und chemischen Programme sowie die Raketenprojekte ausführlich betrachtet. Nicht zuletzt sollen die möglichen iranischen Beweggründe für etwaige ABC-Waffen-Projekte diskutiert und schließlich die iranische Rüstungskontrollpolitik analysiert werden.

Im Hinblick auf mögliche Politikoptionen kommt die Studie zu folgenden Ergebnissen und Empfehlungen:

1. Eine nukleare Bewaffnung Irans ist unbedingt zu verhindern. Wenn Teheran der Besitz von ABC-Waffen zugestanden wird, könnte dies eine gefährliche Rüstungsdynamik in der Region in Gang setzen und die Machtposition der konservativen Sicherheitseliten in Iran stärken. Außerdem könnten dadurch die Nichtverbreitungsregime entscheidend geschwächt werden, da die Vorstellung zur Illusion würde, sie stellen eine wirksame Norm gegen die Verbreitung von ABC-Waffen dar.

2. Direkte Interventionen wären wenig erfolgversprechend. Eine umfassende Militäraktion mit dem Ziel des Regimewechsels hätte keinerlei Legitimation und wäre militärisch schwierig. Begrenzte Schläge – zum Beispiel gegen Nukleareinrichtungen – könnten das NVV-Regime zwar nachhaltig beschädigen, böten aber keine Garantie dafür, daß sich mit ihrer Hilfe ein potentiell laufendes iranisches Nuklearwaffenprogramm wirksam unterbinden ließe. Generell sind einer Einflußnahme von außen enge Grenzen gesetzt, zumal sich auch derzeitige iranische Oppositionsgruppen zumindest die Option einer zivilen Nutzung der Kernenergie und damit letztlich auch eine Waffenoption vorbehalten würden. Gewaltsame Interventionen scheiden also aus – eine Einsicht, die Europa im Dialog mit den USA über die Iran-Frage entsprechend zur Geltung bringen sollte. Von zentraler Bedeutung wäre eine vorsichtige, nicht konfrontativ auftretende Förderung der Demokratie in Iran, auch wenn durch sie das Proliferationsproblem nicht automatisch gelöst wird.

3. Im Mittelpunkt sollte der Versuch stehen, rüstungskontrollpolitisch auf Teheran einzuwirken und mehr Transparenz einzufordern. Falls Iran das Zusatz-

protokoll der Internationalen Atomenergiebehörde in Kraft setzt, sollten die dadurch entstehenden Möglichkeiten der Inspektion nichtgemeldeter Einrichtungen konsequent genutzt werden. Im Rahmen des Chemie-waffen-Übereinkommens empfiehlt sich eine Nutzung des Instruments der Verdachtsinspektion. Ein entschlossenes rüstungskontrollpolitisches Vorgehen wäre mit wirtschaftlichen Anreizen wie dem baldigen Abschluß eines Handels- und Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Union und Iran zu verknüpfen. Gleichzeitig sollte die Europäische Union Teheran deutlich machen, daß sämtliche Wirtschaftsbeziehungen abgebrochen würden, wenn Iran ABC-Waffen baut und gegen die Rüstungskontrollregime verstößt oder sie verläßt.

Ein weitergehender Ansatz, die Urananreicherung sowie die Schwerwasser-Linie in Iran gänzlich zu unterbinden und dies mit der Zusicherung der Lieferung von Brennelementen zu verknüpfen, bedarf einer weiteren Prüfung seitens der Europäischen Union. Ein solcher Ansatz hätte politisch den großen Vorteil, daß Rußland in eine gemeinsame Strategie eingebunden werden könnte. Zugleich würden iranische Interessen an wirtschaftlich-technischer Förderung berücksichtigt.

Letztlich müßte Teheran bewußt gemacht werden, daß es keine Kernwaffen (und keine chemischen und biologischen Waffen) benötigt, um seine Sicherheit zu gewährleisten und seinen Status zu verbessern. Dies würde jedoch eine amerikanisch-iranische Annäherung voraussetzen, die nicht völlig ausgeschlossen, derzeit aber auch nicht sehr wahrscheinlich ist. Die Europäer könnten diesen Annäherungsprozeß fördern, indem sie die iranische Führung dazu veranlassen, jegliche Unterstützung von Terroristen und Extremisten aufzugeben. Außerdem müßte Israel in der Nuklearwaffenfrage Transparenz und Flexibilität zeigen – bis hin zur Bereitschaft, auf seine Waffenoption völlig zu verzichten. Allerdings erscheint es wenig wahrscheinlich, daß Israel entsprechenden Forderungen nachkommen wird, solange es von Nachbarn umgeben ist, die seine Existenz grundsätzlich in Frage stellen. Dennoch sollte die EU dieses Ziel, das nur im Kontext der Lösung der gesamten Nahost-Problematik zu erreichen wäre, nicht aus den Augen verlieren.

## Irans ABC-Waffen- und Raketenprojekte

### Ein iranisches Kernwaffenprogramm?

Die iranischen Bemühungen um die zivile Nutzung der Kernenergie reichen zurück in die Regierungszeit von Schah Reza Pahlawi, der bereits 1957 mit den USA im Rahmen des Programms *Atoms for Peace* ein nukleares Kooperationsabkommen schloß. 1959 trat das Land der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) bei. Im Jahre 1967 lieferten die USA Teheran einen kleinen Forschungsreaktor. 1974 setzte Iran sein Safeguards-Abkommen in Kraft und öffnete damit seine zivilen Kernanlagen für IAEO-Inspektionen. Im gleichen Jahr wurde die iranische Atomenergiebehörde gegründet. Sie arbeitete ein sehr ehrgeiziges Programm aus, das den Bau von bis zu 23 Kernreaktoren bis Mitte der neunziger Jahre vorsah. Ebenfalls 1974 begann das Siemens-Tochterunternehmen Kraftwerke-Union mit dem Bau zweier Reaktoren in Buschehr. Auch mit französischen Firmen wurden Verträge über den Reaktorbau unterzeichnet sowie Vereinbarungen mit den USA, Deutschland und Frankreich über die Lieferung von Reaktorbrennelementen getroffen.<sup>1</sup>

Das damalige iranische Programm zur Errichtung von Kernreaktoren mag vor dem Hintergrund der Energieversorgungssituation des Landes legitim gewesen sein: Die iranischen Öl- und Gasvorkommen waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht in dem Ausmaß exploriert, wie sie es heute sind. Dennoch kann kein Zweifel bestehen, daß Iran bereits zu dieser Zeit im Schatten seines zivilen Nuklearprogramms auch die Entwicklung von Kernwaffen anstrebte. Zusätzlich zu dem öffentlich bekannten Nuklearprojekt wurde insgeheim aus den USA und Europa Technologie geschmuggelt, die für die Urananreicherung und die Entwicklung nuklearer Waffen erforderlich ist. Offenbar gab es auch geheime Vereinbarungen mit Südafrika über die Lieferung von Urankonzentrat. Mit Israel wurden Gespräche über die Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Raketen geführt, die mit Atom-

sprengköpfen bestückt werden sollten. Schließlich wurde ein kleines Team zusammengestellt, das sich mit der Entwicklung von Kernwaffendesigns befaßte.<sup>2</sup>

Als der Schah im Januar 1979 stürzte, waren zwei Reaktoren in Buschehr zu 75% beziehungsweise 60% fertiggestellt. Die neue Führung unter Ajatollah Chomeni verfolgte zunächst jedoch weder das zivile noch das auf militärische Fähigkeiten abzielende Nuklearprogramm weiter. Offenbar galt den religiösen Führern die Kernenergie als westliche, »unislamische« Technologie, deren Nutzung die Abhängigkeit Irans vom Westen manifestiert hätte. Deutschland stellte aufgrund des Drucks der Reagan-Administration seine nukleare Kooperation mit Iran ein. In der Folge verließen viele iranische Nuklearwissenschaftler ihr Heimatland, das Nuklearprogramm wurde um Jahre zurückgeworfen.

Im Verlauf des iranisch-irakischen Krieges hatte das irakische Regime gegen iranische Truppen chemische Waffen eingesetzt und mit weitreichenden Raketen in iranischen Städten enorme Zerstörungen angerichtet. Diese Erfahrung scheint Chomeni 1984 veranlaßt zu haben, seine Einstellung zu ändern. Mitte der achtziger Jahre wurde ein neues Nuklearforschungszentrum in der Nähe von Isfahan gegründet, das bis 1992 nicht der IAEO gemeldet wurde. Amerikanischen Einschätzungen zufolge hat es eine Größe, die für zivile Zwecke nicht erforderlich ist. 1987 wurde mit Pakistan ein Kooperationsabkommen geschlossen. Abdul Khan, der spätere »Vater der pakistanischen Bombe«, besuchte neben Teheran auch die Baustelle von Buschehr. Außerdem importierte Iran in begrenztem Umfang Zentrifugentechnologie, möglicherweise ebenfalls aus Pakistan. China lieferte einen kleinen Schwerwasserforschungsreaktor ohne Kapazität zur Energiegewinnung sowie subkritische Vorrichtungen mit Leichtwasser- beziehungsweise Graphitdesign. Die Reaktoren in Buschehr sollten nun zu Ende gebaut werden, doch war daran vorerst nicht mehr zu denken, nachdem irakische Luftangriffe in den Jahren

<sup>1</sup> Vgl. Henning Riecke, *The Most Ambitious Agenda. Amerikanische Diplomatie gegen die Entstehung neuer Kernwaffenstaaten und das Nukleare Nichtverbreitungsregime*, FU Berlin, Digitale Dissertation 2002, <[www.diss.fu-berlin.de/2002/9](http://www.diss.fu-berlin.de/2002/9)>, S. 179.

<sup>2</sup> Vgl. ebd., S. 180; Anthony H. Cordesman, *Proliferation in the »Axis of Evil«: North Korea, Iran, and Iraq*, Washington D.C.: Center for Strategic and International Studies, Januar 2002, S. 27; Elaine Sciolino, *Nuclear Ambitions Aren't New for Iran*, in: *New York Times*, 22.6.2003, S. 24.



1987 und 1988 starke Beschädigungen verursacht hatten.<sup>3</sup>

Die irakische Besetzung Kuwaits war der Grund für einen Krieg alliierter Truppen gegen den Irak. Nach dessen Ende wurde im Zuge von IAEA-Inspektionen 1991/92 deutlich, wie weit das irakische Atomwaffenprogramm bereits fortgeschritten war. Daraufhin versuchte die Führung in Teheran, die nuklearen Anstrengungen noch zu intensivieren. Der damalige iranische Präsident Rafsanjani bekräftigte 1991 die Absicht, zunächst einen Reaktor in Buschehr fertigzustellen. Da Deutschland die nukleare Zusammenarbeit verweigerte, wurden Rußland und China zu den wichtigsten nuklearen Kooperationspartnern Irans. Sie verschafften Iran die Möglichkeit, die von den USA angeführte westliche Embargopolitik zu umgehen.

China half Iran beim Bau zweier Forschungsreaktoren in Isfahan und stellte Ausrüstungen für ein Urananreicherungsprogramm auf der Basis der elektromagnetischen Isotopenabtrennung bereit. Anlässlich eines Gipfeltreffens zwischen US-Präsident Bill Clinton und seinem chinesischen Amtskollegen Jiang Zemin im Oktober 1997 versprach Jiang, die nukleare Kooperation mit Iran einzustellen – abgesehen von der Abwicklung bereits vereinbarter kleinerer Projekte. Allerdings haben amerikanische Geheimdienste in jüngster Zeit in Frage gestellt, daß sich China tatsächlich an diesen Lieferstop hält.<sup>4</sup>

Die nukleare Kooperation Teherans mit Moskau geht zurück auf einen Besuch des damaligen iranischen Parlamentssprechers Rafsanjani in der seinerzeit noch sowjetischen Hauptstadt im Juni 1989, zwei Wochen nach dem Tod Chomenis. Bei dieser Gelegenheit verständigte man sich in einem gemeinsamen Kommuniqué darauf, bei der zivilen Anwendung der Kernenergie zu kooperieren. Eine neue Qualität erhielt diese Zusammenarbeit durch die Unterzeichnung eines bilateralen Vertrages im Januar 1995, in dem sich Rußland unter anderem verpflichtete, einen Leichtwasserreaktor in Buschehr mit 1000 Megawatt Leistungsstärke fertigzustellen. Die entsprechenden russischen Leistungen sollten einen Wert von 800

Millionen US-Dollar haben. Wie erst später bekannt wurde, war dem russisch-iranischen Abkommen ein geheimes Zusatzprotokoll beigelegt, demzufolge Moskau Teheran weitere Leichtwasserforschungsreaktoren, Fabrikationsteile zur Herstellung von Brennstäben sowie eine Anlage zur Zentrifugenanreicherung von Uran liefern sollte.

Als Washington von diesem Geheimprotokoll Kenntnis erhielt, verstärkten sich seine bereits vorhandenen Befürchtungen, Iran werde die nukleare Kooperation mit Rußland nutzen, um unter dem Deckmantel ziviler Zusammenarbeit ein Kernwaffenprojekt voranzutreiben. US-Außenminister Warren Christopher erklärte im Frühjahr 1995 öffentlich, Iran versuche, sich Kernwaffen zu verschaffen. Schon im Mai 1995 gelang es US-Präsident Clinton jedoch, den russischen Präsidenten Jelzin zu bewegen, die russischen Verpflichtungen aus dem Geheimprotokoll aufzukündigen. Rußland wollte nur noch einen Reaktor in Buschehr fertigstellen, die dafür nötigen Brennstäbe liefern und iranisches Nuklearpersonal ausbilden. Die Clinton-Administration rang Rußland vor allem das Versprechen ab, nichts an Iran zu liefern, was zur Entwicklung von Kernwaffen genutzt werden könnte. Rußland sagte zu, Iran weder beim Aufbau von Kapazitäten zur Anreicherung von Uran zu helfen noch Iran zu erlauben, in Buschehr genutzte Brennstäbe wiederaufzubereiten. Trotz alledem wurde aus den Reihen der amerikanischen Regierung immer wieder die Besorgnis geäußert, einige russische Firmen könnten bei ihren nuklearen Geschäften mit Iran die Beschränkung auf den Bau der Anlage von Buschehr mißachten.<sup>5</sup>

Ob die Reaktoren in Buschehr und die Lieferung weiterer Kernreaktoren Iran in die Lage versetzen könnten, Kernwaffen zu entwickeln und zu bauen, ist umstritten. Moskau bestreitet vehement, daß seine nukleare Zusammenarbeit mit Iran proliferationsrelevant ist: Die Kooperation haben den Bau ähnlicher Leichtwasserreaktoren zum Ziel, wie sie Washington ursprünglich Nordkorea im Zuge der Vereinbarung von 1994 zugestehen wollte; die amerikanische Regierung sei damals sogar bereit gewesen, sich an Finanzierung und Bau zu beteiligen. Tatsächlich eignen sich Leichtwasserreaktoren nur sehr schlecht für die Abzweigung spaltbaren Materials, das zum Bau von Kern-

<sup>3</sup> Vgl. Cordesman, Proliferation in the »Axis of Evil« [wie Fn. 2], S. 28.

<sup>4</sup> Vgl. Joseph Cirincione/John B. Wolfstha/Miriam Rajkumar, Deadly Arsenals. Tracking Weapons of Mass Destruction, Washington, D.C.: Carnegie Endowment for International Peace, 2002, S. 260f; Kenneth Katzman, Iran: Current Developments and U.S. Policy, Washington, D.C.: Congressional Research Service, updated November 26, 2002 (Issue Brief for Congress), S. 3.

<sup>5</sup> Vgl. Robert J. Einhorn/Gary Samore, Ending Russian Assistance to Iran's Nuclear Bomb, in: Survival, 44 (Sommer 2002) 2, S. 51–70 (53); Kenneth Katzman, Iran: Arms and Technology Acquisitions, Washington, D.C.: CRS, updated January 26, 2001 (CRS Report for Congress), S. 11.

waffen notwendig ist. Zumal Moskau die abgebrannten Brennstäbe wieder zurücknehmen will und der Reaktor unter IAEA-Kontrolle stehen wird. Allerdings könnte Iran die entsprechende Übereinkunft mit Rußland ebenso wie den NVV kündigen und dann im Reaktor angefallenes Plutonium nutzen. Im Prinzip wäre es für Iran auch möglich, die Brennstäbe heimlich zu manipulieren, wenn sie nach Gebrauch bis zum Abtransport nach Rußland in Kühlbecken nahe des Reaktors lagern.<sup>6</sup>

Letztlich waren die auf Buschehr gerichteten amerikanischen Bedenken eher allgemeiner Natur. Nach amerikanischer Ansicht trug dieses Projekt zu einem unerwünschten Know-how-Transfer im Nuklearbereich bei. Gefürchtet wurde darüber hinaus, Iran könnte Buschehr instrumentieren, um Moskau zu drängen, sensitivere Technologien zu liefern. Außerdem wurde in Washington gemutmaßt, Teheran könnte eines Tages Buschehr als Rechtfertigung benutzen, um sich weitere Technologien für den Aufbau eines vollständigen Brennstoffkreislaufes zu beschaffen.<sup>7</sup>

Der Bundesnachrichtendienst hatte schon Ende der neunziger Jahre die Auffassung vertreten, Iran strebe die Beherrschung des gesamten nuklearen Brennstoffkreislaufes von der Uranprospektion bis zur Wiederaufbereitung an.<sup>8</sup> Immer wieder gab es Berichte über geheime iranische Beschaffungsbemühungen zur Errichtung von Gaszentrifugen-Anlagen für die Anreicherung von Uran oder von Einrichtungen, die für die Herstellung von Plutonium benötigt würden. Westliche Geheimdienste waren jedoch nicht in der Lage, entsprechende Anlagen zu identifizieren.<sup>9</sup>

Zur großen Überraschung dieser Geheimdienste wurde im August 2002 durch Informationen iranischer Exilgruppen bekannt, daß Iran in Natans – etwa 300 km südlich von Teheran – eine Urananreicherungsanlage errichtet. Dort sollen bereits 1985 entdeckte Erzvorkommen, die einen Urananteil von ungefähr 0,5 bis 0,7% aufweisen, auf eine höhere Konzentration angereichert werden. Um Brennstäbe für den Bedarf eines Kraftwerksreaktors herzustellen, würde eine Anreicherung auf etwa 5% genügen. Waffenfähiges Uran benötigt hingegen eine Dichte

von 80 bis 90%. Die Anlage in Natans kann im Prinzip für zivile wie militärische Zwecke genutzt werden. Allerdings müßten für eine Hochanreicherung geringfügige technische Veränderungen vorgenommen werden.

Nahezu fertiggestellt ist eine Pilotanlage mit bis zu 1000 überirdisch angeordneten Gaszentrifugen. Sie dürfte bis Ende 2003 betriebsbereit sein. Der größte Teil der Anlage soll unter einem zwei Meter dicken Betondach errichtet werden. In ihr ist Platz für mehr als 50 000 Zentrifugen, mit denen theoretisch eine Menge hochangereicherten Urans produziert werden könnte, die ausreichen würde, um mehrere Atombomben pro Jahr zu bauen. Die iranischen Behörden haben der IAEA mitgeteilt, daß der Hauptteil der Anlage im Frühjahr 2005 fertiggestellt sein soll. Die Anreicherung von Uran könnte jedoch schon früher beginnen. Über die Herkunft der Zentrifugen wird noch gerätselt. Vermutlich stammen die Designs aus Pakistan, wurden von iranischen Technikern aber in einem Maße verändert, daß die Quelle nicht zweifelsfrei identifiziert werden kann. Amerikanische Geheimdienste vermuten, Rußland könnte Iran ebenfalls unterstützt haben. Mit der vollen Inbetriebnahme der Anlage würde Iran über eine Fähigkeit verfügen, die heute weltweit nur etwa zehn Staaten besitzen.<sup>10</sup>

Entsprechend dem Safeguards-Abkommen mit der IAEA hätte Iran die Anlage von Natans 180 Tage vor Beginn der Anreicherung von Uran melden müssen. Iran bestreitet jedoch, daß in der Anlage bereits Uran angereichert wurde. Würde Iran – wie von westlichen Staaten immer wieder gefordert – das Zusatzprotokoll zum Safeguards-Abkommen unterzeichnen, müßte es von da an entsprechende Anlagen sogar 180 Tage vor Baubeginn melden. Obwohl Teheran zögerte, dieses Zusatzprotokoll in Kraft zu setzen, zeigte es sich dennoch insofern kooperationsbereit, als es IAEA-Direktor ElBaradei im Februar 2003 einen Besuch in der Anreicherungsanlage gestattete.

ElBaradei zeigte sich sehr überrascht über den weit fortgeschrittenen Zustand der iranischen Bemühungen um Urananreicherung. Seine Visite war bereits für Oktober 2002 geplant, aber von Teheran immer wieder verzögert worden. Westliche Geheimdienste

<sup>6</sup> Vgl. David Albright, *An Iranian Bomb?*, in: *The Bulletin of the Atomic Scientists*, (Juli/August 1995), S. 21–26 (23).

<sup>7</sup> Vgl. *Einhorn/Samore*, *Ending Russian Assistance* [wie Fn. 5].

<sup>8</sup> Vgl. *Bundesnachrichtendienst*, *Proliferation von Massenvernichtungsmitteln und Trägerraketen*, Oktober 1999, S. 24.

<sup>9</sup> Vgl. *Cirincione/Wolfsthal/Rajkumar*, *Deadly Arsenals* [wie Fn. 4], S. 259.

<sup>10</sup> Zu der Anlage von Natans vgl. David Albright/Corey Hinderstein, *The Iranian Gas Centrifuge Enrichment Plant at Natanz: Drawing from Commercial Satellite Images*, Washington, D.C.: The Institute for Science and International Security, 14.3.2003; Marshall Breit, *Iran's Natanz Facility*, Washington, D.C.: Carnegie Endowment for International Peace, 2.5.2003 (Carnegie Analysis).

vermuten, daß Iran die zusätzliche Vorbereitungszeit nutzte, um Manipulationen an der im Bau befindlichen Anreicherungsanlage vorzunehmen. Möglicherweise sollte die Tatsache verschleiert werden, daß in der Anlage bereits probeweise Uran angereichert wurde – was einen Verstoß gegen das Safeguards-Abkommen darstellen würde.<sup>11</sup> Denn viele Experten halten es für unwahrscheinlich, daß Iran den Bau einer Anlage wie in Natans so weit vorantreiben würde, ohne zuvor getestet zu haben, ob die entsprechende Zentrifugentechnologie auch funktioniert. Das würde auch nicht zu der iranischen Behauptung passen, die Zentrifugen-Kaskaden selbst hergestellt zu haben. Möglicherweise wurden die Zentrifugen aber an einem anderen, bisher unbekanntem Ort erprobt. Die Existenz weiterer Urananreicherungsanlagen wäre ebenfalls ein klarer Verstoß gegen das Safeguards-Abkommen, da sie der IAEA hätten gemeldet werden müssen.<sup>12</sup> Angaben einer iranischen Exilgruppe, denen zufolge zwei weitere Urananreicherungsanlagen identifiziert worden seien, konnten bislang nicht offiziell bestätigt werden.<sup>13</sup>

Nach Einschätzung westlicher Experten würde die Anlage von Natans Iran die Option eröffnen, den NVV zu kündigen und dann in relativ kurzer Zeit genügend hochangereichertes Uran herzustellen, um eine nicht unbeträchtliche Anzahl nuklearer Sprengsätze zu produzieren. Eine weitere Gefahr wird darin gesehen, daß Iran die in Natans mutmaßlich erprobten Fähigkeiten zur Urananreicherung heimlich in weiteren, der IAEA nicht gemeldeten Anlagen nutzen könnte.<sup>14</sup>

Möglicherweise ist Iran darüber hinaus bestrebt, sich die Technik zur Laseranreicherung von Uran anzueignen. Einige Einrichtungen sind von IAEA-Inspektoren in Iran besucht worden, doch die iranische Führung bestreitet, daß die dort betriebenen Projekte Anreicherungs Zwecken dienen.

In Arak, einem Ort südwestlich der Stadt Ghom, wird außerdem eine Fabrik zur Produktion von schwerem Wasser gebaut. Sie ist etwa zur Hälfte fertiggestellt und soll eine Produktionskapazität von ungefähr 10 t schwerem Wasser pro Jahr haben. Schweres

Wasser wird für den Betrieb von Schwerwasserreaktoren benötigt. Über größere Reaktoren dieses Typs verfügt Iran bisher nicht, wohl aber über entsprechende kleinere Forschungseinheiten. Iran hat der IAEA umfangreiche Pläne zum Ausbau seines zivilen Kernenergieprogramms vorgelegt, denen zufolge auch der Bau von Schwerwasserreaktoren vorgesehen ist. Offenbar ist auch an den Bau mindestens einer Wiederaufbereitungsanlage gedacht.

Wirtschaftlich machen solche Pläne nach Ansicht westlicher Experten wenig Sinn. Länder wie Kanada und Argentinien haben in der Vergangenheit die Erfahrung gemacht, daß der Betrieb von Schwerwasserreaktoren eher wirtschaftliche Verluste einbringt. Im Hinblick auf eine militärische Nutzung der Kernenergie wäre der Weg über einen Schwerwasserreaktor in Kombination mit einer Wiederaufbereitungsanlage hingegen sinnvoll. Am Ende eines entsprechenden nuklearen Prozesses würden größere Mengen Plutonium anfallen, die zum Bau von Atombomben genutzt werden könnten. Dieser Weg zur Atomwaffe ist zweifelsohne länger und komplizierter als der über die Urananreicherung. Schlägt die iranische Führung ihn jedoch ein, könnte sie sich zugleich die Option zum Bau von Plutoniumbomben eröffnen. Unter der Annahme, daß in den kommenden Jahren ein nuklearer Rüstungswettlauf in der Region stattfinden wird, könnte sich die Möglichkeit zum Bau von Plutoniumbomben als wichtiger Vorteil erweisen, da diese Bomben effektiver und technisch fortgeschrittener sein können als Uranbomben.

Für die Annahme, daß die iranischen nuklearen Bestrebungen zumindest *auch* auf ein Waffenprogramm abzielen, sprechen neben der mangelnden Transparenz der Anlagen von Natans und Arak einige weitere Indizien. Während iranische Repräsentanten 1992 heimlich in Kasachstan über den Erwerb hochangereichterten Urans verhandelten, kauften die USA dieses Uran zum Preis von etwa 20 bis 30 Millionen US-Dollar auf.<sup>15</sup> 1991 erwarb Iran in China kleinere Mengen Uran, ohne dies wie erforderlich der IAEA zu melden. Seit Jahren versucht Iran zudem, weitere für den Bau von Kernwaffen nötige Elemente wie spezielle Zünder heimlich zu beschaffen.<sup>16</sup> Schließlich spricht auch das iranische Raketenprogramm für den Bau von Atomwaffen, da es letztlich wenig sinnvoll wäre,

<sup>11</sup> Vgl. Jacques Schuster, Geheimdienst: Iran versteckt Nuklearmaterial, in: Die Welt, 24.2.2003, S. 8.

<sup>12</sup> Vgl. Leonard S. Spector, Iran's Secret Quest for the Bomb. No Easy Solution to Meet the Challenge, in: Yale Global, 16.5.2003.

<sup>13</sup> Vgl. Sheryl Gay Stolberg, Group Says Iran Has 2 Undisclosed Nuclear Laboratories, in: New York Times, 27.5.2003, S. 12.

<sup>14</sup> Vgl. Steven R. Weisman, New U.S. Concerns on Iran's Pursuit of Nuclear Arms, in: New York Times, 7.5.2003, S. 7.

<sup>15</sup> Vgl. Cordesman, Proliferation in the »Axis of Evil« [wie Fn. 2], S. 29.

<sup>16</sup> Vgl. Bundesnachrichtendienst, Proliferation von Massenvernichtungsmitteln [wie Fn. 8].

größere Summen in ein solches Projekt zu investieren, wenn mit den dabei entwickelten weitreichenden Trägersystemen lediglich konventionelle (oder chemische beziehungsweise biologische) Munition verschossen werden soll.

Die Bush-Administration jedenfalls scheint fest davon überzeugt, daß das iranische Nuklearprogramm auf die Entwicklung von Atomwaffen ausgerichtet ist. Sie verweist auf die mangelnde Bereitschaft Irans, seine Bestrebungen transparent zu machen, und darauf, daß die Belege wenig glaubwürdig seien, die Iran für die Behauptung geltend mache, sein Nuklearprogramm ziele ausschließlich auf eine zivile Nutzung ab. Iran verfüge über viel zu wenig Uran, um seine Öl- und Gasexporte durch Kraftwerke substituieren zu können, die mit selbstproduzierten Uranbrennstäben arbeiten würden.<sup>17</sup> US-Verteidigungsminister Rumsfeld äußerte während eines Deutschlandbesuchs im Juni 2003, es sei die Ansicht der US-Nachrichtendienste, das sehr aktive nukleare Programm könne Teheran befähigen, in relativ kurzer Zeit Nuklearwaffen herzustellen.<sup>18</sup>

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß Iran mit großer Wahrscheinlichkeit schon seit den Zeiten des Schah ein Nuklearprogramm unterhält, das ungeachtet der NVV-Mitgliedschaft Irans neben der zivilen auch auf die militärische Nutzung zielt. Da dieses Programm immer wieder mit finanziellen und technischen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, kam es nur relativ langsam voran. Eindeutige Beweise für eine militärische Verwendungsabsicht liegen derzeit nicht vor, es gibt lediglich eine ganze Reihe von Indizien. Insbesondere die Fähigkeit, selbst Uran anreichern zu können, wird Iran schon bald in die Lage versetzen, entweder aus dem NVV auszusteigen, um dann freie Hand für eine unkontrollierte Anreicherung zu haben, oder aber heimlich an nicht deklarierten Anlagen Uran anzureichern, die relativ leicht versteckt werden könnten. Allerdings dürfte die Produktion von genügend hochangereichertem Uran für einige nukleare Sprengsätze noch mehrere Jahre in Anspruch nehmen.

Diese Sprengsätze dürften technisch auch nicht so weit fortgeschritten sein, daß sie raketentauglich sind.

<sup>17</sup> Vgl. John R. Bolton, Undersecretary for Arms Control and International Security, U.S. Department of Defense, Testimony before U.S. House of Representatives, Committee on International Relations, Washington, D.C., 4.6.2003, S. 4.

<sup>18</sup> Vgl. Richard Bernstein, Rumsfeld Says Iran Is Developing Nuclear Arms under Guise of Civilian Program, in: New York Times, 12.6.2003, S. 12.

Für den Bau nuklearer Raketensprengköpfe sind Kenntnisse und Erfahrungen notwendig, über die Iran vermutlich nicht verfügt. Sie werden sich wohl auch nicht ohne nukleare Tests erwerben lassen, die wiederum kaum unentdeckt bleiben können. Sollte es Iran allerdings gelingen, sich in anderen Ländern (zum Beispiel in Pakistan) Zugang zu Sprengkopfdesigns zu verschaffen, ist nicht auszuschließen, daß Iran auch ohne vorherige Nukleartests in relativ kurzer Zeit nukleare Sprengköpfe für Raketen bauen könnte.

## Chemische Waffen

Bis zum Beginn des Krieges gegen den Irak 1980 besaß Iran keinerlei Kapazitäten, chemische Waffen herzustellen oder zu produzieren. Bagdad setzte in diesem Krieg Senfgas und den Nervenkampfstoff Tabun ein. Die iranischen Truppen standen den chemischen Angriffen der irakischen Armee zunächst nahezu schutzlos gegenüber. Mehr als 50 000 iranische Soldaten wurden durch irakische Chemiewaffen-Einsätze verwundet, etwa 5000 von ihnen starben.

Iran reagierte mit der Beschaffung großer Mengen von Schutzkleidung für die Soldaten. Beschafft wurde auch das Reizgas CS, aber die iranischen Militärs fanden schnell heraus, daß dieser Kampfstoff auf dem Schlachtfeld kaum effektiv einzusetzen war. 1983 begann Iran mit eigenen Forschungen an chemischen Kampfstoffen; ein Jahr später wurde die Produktion aufgenommen. Dabei wurde Iran unter anderem von China und Indien unterstützt. Gegen Ende des Krieges setzte Iran seinerseits chemische Waffen gegen irakische Truppen ein, wenn auch eher sporadisch und ohne nennenswerte militärische Erfolge.<sup>19</sup>

Nach Ende des Krieges 1988 setzte Iran die Produktion chemischer Kampfstoffe fort. Vermutlich wurden mehrere tausend Tonnen Phosgen, Zyanid und zu geringeren Teilen Senfgas hergestellt, obwohl die effektive militärische Verwendungsfähigkeit von Phosgen und Zyanid sehr fraglich ist. Unklar bleibt, ob Iran auch Nervenkampfstoffe wie Sarin oder sogar den seßhaften Kampfstoff VX produziert hat. Die iranische Führung bestreitet, jemals Nervenkampfstoffe hergestellt zu haben, was jedoch in westlichen Geheimdienstkreisen für wenig glaubwürdig gehalten wird.

<sup>19</sup> Vgl. Cordesman, Proliferation in the »Axis of Evil« [wie Fn. 2], S. 22ff; Michael Eisenstadt, Iran, Washington, D.C.: Chemical and Biological Arms Control Institute, 1998 (The Deterrence Series Nr. 4), S. 1–2.

Während Iran mit großer Wahrscheinlichkeit über Artilleriegranaten und Flugzeugbomben verfügt, die mit chemischen Kampfstoffen zu füllen sind, ist nicht sicher, ob Kampfstoffe auch mittels Raketen verbracht werden könnten.<sup>20</sup>

Im Mai 1998 gab Iran gegenüber den Mitgliedstaaten des Chemiewaffen-Übereinkommens (CWÜ) zu, chemische Waffen entwickelt und produziert zu haben. Dieses Programm sei durch den Chemiewaffen-Einsatz Iraks gegen iranische Truppen ausgelöst worden. Teheran leugnete jedoch, selbst chemische Kampfstoffe in diesem Krieg eingesetzt zu haben. Mit Beendigung des Krieges durch den Waffenstillstand von 1988 sei das iranische Chemiewaffen-Programm eingestellt worden. Iran gab in seiner Meldung an die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCW) in Den Haag an, ehemalige Produktionsanlagen für chemische Kampfstoffe zu besitzen, aber keine aktuellen Chemiewaffen-Bestände zu halten.<sup>21</sup>

Mehr noch als die Clinton-Administration ist die amtierende Bush-Administration davon überzeugt, daß Iran nicht nur über einige tausend Tonnen chemischer Kampfstoffe verfügt, sondern sein gesamtes Chemiewaffen-Programm intensiv fortführt.<sup>22</sup> Es soll sich sogar um eines der größten Vorhaben seiner Art in der Dritten Welt handeln. Mit Hilfe Rußlands und vor allem Chinas sei Teheran im Begriff, sich eine umfassende Chemiewaffen-Infrastruktur zuzulegen. Dabei seien diese Bemühungen auf das engste mit dem ebenfalls forcierten Aufbau einer zivilen Chemie-Industrie verknüpft. Auch wenn derzeit keine Chemiekampfstoffe in Iran produziert werden, würde das Land damit über eine Mobilisierungskapazität verfügen, die es erlaubte, in kurzer Zeit größere Mengen Chemiekampfstoffe herzustellen.

<sup>20</sup> Vgl. *Central Intelligence Agency*, *Unclassified Report to Congress on the Acquisition of Technology Relating to Weapons of Mass Destruction and Advanced Conventional Munitions*, 1 July through 31 December 2001, Washington, D.C. 2002.

<sup>21</sup> Vgl. *Cirincione/Wolfsthal/Rajkumar*, *Deadly Arsenal* [wie Fn. 4], S. 264ff., sowie die Internetseite der OVCW, <[www.opcw.org](http://www.opcw.org)>, und des Stimson Centers, <[www.stimson.org](http://www.stimson.org)>.

<sup>22</sup> So die entsprechenden Vorwürfe der Bush-Administration an Iran während der ersten Überprüfungskonferenz zum CWÜ: U.S.A. National Statement to the First Review Conference of the Chemical Weapons Convention by Assistant Secretary of State for Arms Control, Stephen G. Rademaker, Den Haag, 28.4.2003. Die Vorwürfe wurden von der iranischen Delegation umgehend zurückgewiesen.

## Biologische Waffenprogramme?

Ebenfalls motiviert von den Erfahrungen im Krieg gegen den Irak begann Iran Anfang der achtziger Jahre, sich für biologische Kampfstoffe zu interessieren. Allerdings sind die öffentlich zugänglichen Informationen und Nachrichten hier noch wesentlich lückenhafter als bei den chemischen Waffen.

Allem Anschein nach hat Iran Milzbranderreger (Anthrax) sowie Botulinustoxin produziert. Amerikanische Berichte, wonach größere Mengen dieser Kampfstoffe in der Nähe der Stadt Tabris lagern sollen, konnten nicht bestätigt werden.<sup>23</sup> Ebenfalls unklar ist, ob Iran in der Lage ist, diese Agenzien so aufzubereiten, daß sie in Aerosolform ausgebracht werden können. Milzbrand und Botulinustoxin sind Klassiker der biologischen Kriegführung, doch hat sich Iran daneben anscheinend auch mit dem Erreger der Maul- und Klauenseuche sowie mit Mykotoxinen befaßt. Im August 1989 gab es iranische Versuche, entsprechende Schimmelpilzkulturen in Sammlungen in Kanada und den Niederlanden zu erwerben. Darüber hinaus kaufte Iran Anfang der neunziger Jahre größere Mengen Kastorbohnen ein, möglicherweise in der Absicht, das Toxin Rizin herzustellen.<sup>24</sup>

Den Angaben einer iranischen Exilgruppierung zufolge soll Iran im Jahre 2001 sein B-Waffen-Programm intensiviert und folgende Erreger beziehungsweise Toxine auf die Verbringung in Waffensystemen vorbereitet oder sie bereits abgefüllt haben: Milzbrand, Aflatoxin, Typhus, Cholera, Pocken und Pest.<sup>25</sup> Der Wahrheitsgehalt dieser Angaben ist kaum zu überprüfen, erscheint aber angesichts der angegebenen Erreger beziehungsweise Toxine wenig glaubhaft. Typhus, Cholera, Pest und Pocken sind sehr ansteckend, ihre Ausbringung als Kampfstoffe würde daher auch die iranische Bevölkerung selbst betreffen. Aflatoxin war zwar zur Überraschung vieler Experten Bestandteil des irakischen B-Waffen-Programms, doch verursacht dieses Toxin erst nach Jahren Leberkrebs.

Wissenschaftliche Arbeiten an Krankheitserregern, die als biologische Kampfstoffe genutzt werden können, finden allem Anschein nach an iranischen Universitätsinstituten und anderen zivilen Einrichtungen statt. Insofern ist davon auszugehen, daß ein iranisches Biologiewaffen-Programm sehr eng mit

<sup>23</sup> Vgl. *Cordesman*, *Proliferation in the »Axis of Evil«* [wie Fn. 2], S. 26.

<sup>24</sup> Vgl. *Eisenstadt*, Iran [wie Fn. 19], S. 4.

<sup>25</sup> Vgl. *Joby Warrick*, *Iran Said to Be Producing Bioweapons*, in: *The Washington Post*, 15.5.2003, S. A22.

## Überblick über die wichtigsten iranischen Projekte

Nuklearprogramm	Chemische Waffen	Biologische Waffen?
<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Leichtwasserreaktor Buschehr, vermutlich ab 2005 in Betrieb</li> <li>▶ Anlage zur Anreicherung von Uran (Natans), vermutlich 2005 fertiggestellt</li> <li>▶ Fabrik zur Schwerwasserproduktion (Arak), zur Hälfte fertiggestellt</li> <li>▶ Weitere Anreicherungsanlagen?</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Produktion von Senfgas, Phosgen und Zyanid vor Inkrafttreten des CWÜ 1997</li> <li>▶ Produktion der Nerven-kampfstoffe Sarin und VX?</li> <li>▶ Iran meldet ehemalige CW-Produktionsanlagen, jedoch keine Waffenbestände</li> <li>▶ CW-Mobilisierungskapazität durch Aufbau einer zivilen Chemieindustrie</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Wahrscheinlich Produktion von Milzbrand und Botulinustoxin</li> <li>▶ Projekte mit Maul- und Klauen-seuche, Mykotoxinen und Rizin</li> <li>▶ Fähigkeit zur Aufbereitung von Agenzien als Aerosol?</li> <li>▶ Relativ hoher Forschungs- und Laborstandard; Fähigkeit, Human- und Tierimpfstoffe herzustellen</li> </ul>

der zivilen Forschung beziehungsweise der Forschung über Maßnahmen zum Schutz gegen Bio-Waffen verknüpft ist. Dies macht es so überaus schwer, das iranische B-Waffen-Programm abzugrenzen. Für ein solches Programm sprechen viele Indizien, etwa die Tatsache, daß es schon seit Jahren intensive Bemühungen gibt, Forscher aus der ehemaligen Sowjetunion anzuwerben, die an biologischen Kampfstoffen gearbeitet haben.<sup>26</sup> Schon jetzt verfügt Iran über einen relativ hohen Forschungs- und Laborstandard und ist in der Lage, Human- und Tierimpfstoffe herzustellen. Darum könnte das Land auch auf jeden Fall in kurzer Zeit ein signifikantes B-Waffen-Projekt durchführen.

Die Bush-Administration geht von einem offensiven iranischen B-Waffen-Programm aus, ist sich aber über seine Reichweite und seinen Umfang offenbar unsicher. Anlässlich der fünften Überprüfungskonferenz zum B-Waffen-Übereinkommen (BWÜ) im November und Dezember 2001 warf der zuständige Staatssekretär im US-Außenministerium, John Bolton, Iran neben Irak, Nordkorea, Libyen und Syrien vor, ein entsprechendes konventionswidriges Projekt zu verfolgen. Dabei formulierte er vorsichtig, Iran habe *vermutlich* biologische Kampfstoffe produziert und in Waffen abgefüllt. Offenbar geht die amerikanische Regierung davon aus, daß Iran Kapazitäten besitzt, um kleinere Mengen biologischer Agenzien zu produzieren, daß seine Fähigkeiten, sie auch waffenfähig zu machen, aber begrenzt sind.<sup>27</sup>

<sup>26</sup> Vgl. Bundesnachrichtendienst, Proliferation von Massenvernichtungsmitteln [wie Fn. 8].

<sup>27</sup> Vgl. Statement of The Honorable John R. Bolton to the Fifth Review Conference of the Biological Weapons Convention, Genf, 19.11.2001, Washington File, 19.11.2001; John R. Bolton, Undersecretary for Arms Control and International

## Raketenprojekte

Irans Raketenprogramm beruht ebenfalls auf Erfahrungen im Irak-Krieg. In Teheran wurde der Schluß gezogen, Iran müsse angesichts der irakischen Raketenangriffe über eine glaubwürdige Streitmacht weitreichender Raketen verfügen, um künftige Gegner abschrecken zu können.<sup>28</sup>

Erste Scud-B-Raketen mit einer Reichweite von ungefähr 250 km beschaffte sich Iran Mitte der achtziger Jahre aus Libyen. Versuche, diese Rakete nachzubauen, schlugen jedoch fehl. Im Juni 1985, auf dem Höhepunkt des iranisch-irakischen Krieges, reiste der damalige iranische Parlamentssprecher Rafsanjani nach Peking, um ein Abkommen über die Zusammenarbeit in der Raketentechnologie zu unterzeichnen. Auf dieser Grundlage half China Iran beim Aufbau einer Infrastruktur für den Raketenbau. Nach Kriegsende lieferte China im Jahre 1989 200 CSS-8-Raketen mit 150 km Reichweite. Unterstützung bekam die iranische Führung auch aus Nordkorea, das etwa 100 Scud-B-Raketen sowie Einrichtungen lieferte, die zum Nachbau dieser Systeme notwendig sind. Als Nordkorea jedoch viele seiner Lieferversprechungen nicht einlöste, wandte sich Teheran an Fachleute aus der ehemaligen Sowjetunion in der Absicht, eine eigene Produktionslinie für Scud-Raketen aufzubauen.<sup>29</sup>

Security, U.S. Department of Defense, Testimony [wie Fn. 17], S. 5.

<sup>28</sup> Vgl. Cordesman, Proliferation in the »Axis of Evil« [wie Fn. 2], S. 11.

<sup>29</sup> Vgl. Bundesnachrichtendienst, Proliferation von Massenvernichtungsmitteln [wie Fn. 8], S. 25f; Katzman, Iran: Arms and Technology Acquisitions [wie Fn. 5], S. 13ff.

1991 begann Nordkorea, Scud-C-Raketen mit bis zu 500 km Reichweite an Iran zu verkaufen. Derzeit dürfte Iran über 200 bis 300 Scud-B- und 60 bis 170 Scud-C-Raketen verfügen. Damit könnte es im Prinzip neben konventioneller auch chemische oder biologische Munition verschießen. Doch ist unklar, ob Nordkorea auch entsprechende Sprengkopfdesigns verkauft hat. Gleichzeitig beteiligte sich Iran offenbar an der Finanzierung der Entwicklung der nordkoreanischen No-Dong-Rakete mit einer Reichweite von bis zu 1300 km. Beim ersten Test dieser auf Scud-Technologie basierenden einstufigen Flüssigtreibstoff-Rakete im Mai 1993 sollen auch iranische Beobachter anwesend gewesen sein.<sup>30</sup>

Iran produziert inzwischen die Schahab-1, einen Nachbau der Scud-B-Rakete, sowie die Schahab-2, einen Nachbau der Scud-C-Rakete. Darüber hinaus hat Iran die Schahab-3 auf der Basis der nordkoreanischen No-Dong-Rakete und von Technologien entwickelt, die russische Firmen geliefert haben. Die Motoren für diese einstufige Flüssigtreibstoffrakete, die zunächst von Nordkorea geliefert worden waren, stellt Iran mittlerweile selbst her. Die maximale Reichweite von 1300 km ist von Iran bislang erst einmal – im Juli 2003 – erfolgreich getestet worden, allerdings mit einem nordkoreanischen Raketenmotor. Dies könnte darauf hindeuten, daß der Testschuß eher aus abschreckungspolitischen Gründen erfolgte. Möglicherweise war er als Botschaft an die USA und Israel gemeint gewesen, daß Teheran Militärschläge mit einem Raketenangriff vergelten könnte. Die wahrscheinliche Nutzlast des Sprengkopfes von etwa 700 kg liegt unter dem Schwellenwert, der für einen nuklearen Sprengsatz erforderlich wäre. Die Schahab-3-Rakete ist vermutlich noch nicht in die Serienproduktion gegangen. Die Einsatzbereitschaft und Zuverlässigkeit der vorhandenen Systeme wird als gering eingestuft.<sup>31</sup>

Iran plant den Bau einer Schahab-4-Rakete mit 2000 km Reichweite und den einer Schahab-5-Rakete mit bis zu 6000 km Reichweite. Beide Systeme sollen offiziellen Angaben zufolge nicht militärischen Zwecken dienen, sondern zur Verbringung von Satelliten in den Weltraum genutzt werden. Zwischenzeitlich behauptete die iranische Seite, diese Projekte eingestellt zu haben. Das wird im Westen jedoch be-

zweifelt. Allerdings scheint sich die Entwicklung der Schahab-4- und der Schahab-5-Rakete zu verzögern. Vermutlich hatten iranische Ingenieure technische Probleme beim Nachbau der sowjetischen SS-4-Rakete, die die Grundlage für die Schahab-4-Rakete bilden sollte. Nach amerikanischen Angaben soll im Oktober 2002 ein Schahab-Test mit gesteigerter Reichweite stattgefunden haben, der jedoch fehlschlug. Offenbar strebt Iran nun aber eine Reichweitensteigerung der Schahab-3 auf 2000 km an. Entsprechend äußerte sich auch der iranische Verteidigungsminister Ali Schamkani. Berichte über eine Schahab-3B könnten damit in Zusammenhang stehen.<sup>32</sup> Obwohl Iran schon sehr frühzeitig Interesse an den nordkoreanischen Taepo-Dong-Raketen mit einer potentiellen Reichweite von bis zu 3500 km zeigte, gibt es derzeit keine stichhaltigen Hinweise dafür, daß Iran im Begriff ist, solche mehrstufigen Raketen zu entwickeln.

Irans sehr ambitioniertes Projekt zum Bau von Festtreibstoffraketen zielt derzeit auf Systeme mit einer Reichweite von bis zu 250 km. Ohne weitreichende ausländische Unterstützung dürfte Iran jedoch nicht in der Lage sein, dieses Projekt entscheidend voranzutreiben.

Voraussagen über die Zukunft des iranischen Raketenprogrammes sind mit sehr vielen Unsicherheiten behaftet. Ausschlaggebend ist insbesondere die Intensität ausländischer Unterstützung, auf die Iran auf jeden Fall angewiesen bleibt. Die Mehrzahl der amerikanischen Geheimdienste scheint davon auszugehen, daß Iran noch vor dem Jahr 2010 in der Lage sein könnte, eine Interkontinentalrakete abzuschießen. Andere – so auch CIA-Chef Tenet in einer Stellungnahme vor dem US-Kongreß im Februar 2002 – halten es für unwahrscheinlich, daß dies vor dem Jahr 2015 der Fall sein könnte. Sollte Nordkorea Iran jedoch eine komplette mehrstufige Taepo-Dong-Rakete liefern, würde sich der Zeitraum womöglich dramatisch verkürzen.<sup>33</sup>

Neben ballistischen Raketen arbeitet Iran auch an Marschflugkörpern. Der überaus erfolgreiche Einsatz entsprechender amerikanischer Systeme im Golfkrieg 1991 soll die iranische Führung tief beeindruckt haben. Marschflugkörper auf der Basis der chinesi-

<sup>30</sup> Vgl. Cordesman, Proliferation in the »Axis of Evil« [wie Fn. 2], S. 12f.

<sup>31</sup> Vgl. Alon Ben David, Iran Successfully Tests Shahab 3, in: Jane's Defence Weekly, 4.7.2003, S. 5.

<sup>32</sup> Vgl. ebd., S. 14f; Katzman, Iran: Current Developments and U.S. Policy [wie Fn. 4], S. 2; Ed Blanche, Iran Hints at More Shahab 3 Capabilities, in: Jane's Defence Weekly, 22.5.2003, S. 15.

<sup>33</sup> Vgl. Cirincione/Wolfsthal/Rajkumar, Deadly Arsenals [wie Fn. 4], S. 264; Cordesman, Proliferation in the »Axis of Evil« [wie Fn. 2], S. 22.

schen Silkworm-Anti-Schiffsraketen, die ihrerseits auf der französischen Exocet-Rakete basieren, würden sich – ausgestattet mit moderner Satelliten-Navigationstechnik – besonders gut dazu eignen, biologische oder chemische Kampfstoffe auszubringen. Nach Einschätzung amerikanischer Geheimdienste ist Iran bereits jetzt imstande, einen solchen Marschflugkörper mit der Typenbezeichnung C-802 zu produzieren.<sup>34</sup>

#### Iranische Raketen

<i>Typenbezeichnung</i>	<i>Reichweite</i>	<i>Status</i>
CSS-8	150 km	Bestand ca. 200
Scud B	250 km	Bestand ca. 200–300
Scud C	500 km	Bestand ca. 60–170
Schahab-3	1300 km	mehrere Tests; Einsatzbereitschaft gering; Serienproduktion?
Schahab-3B	2000 km	fehlgeschlagener Test im Oktober 2002?
Schahab-4	2000 km	?
Schahab-5	bis zu 6000 km	?
Marschflugkörper C-802	?	Produktion?

<sup>34</sup> Vgl. W. Seth Carus, Iran and Weapons of Mass Destruction, in: MERIA (Middle East Review of International Affairs), 4 (September 2000) 3, S. 12–25 (15).



## Iranische Motive

### Wirtschaftliche Motive

Präsident Chatami hat immer wieder betont, daß die zivile Nutzung der Kernenergie von eminenter Bedeutung für Iran sei. Nicht nur weil damit langfristig die Energieversorgung des Landes gesichert werden könne, sondern auch weil es sich bei der Kernenergie um eine Spitzentechnologie handle, deren Beherrschung auch auf andere wichtige technologische Entwicklungen des Landes ausstrahle. Iran müsse – so Chatami – die beste und fortgeschrittenste Technologie entwickeln, denn dies sei der Schlüssel für die weitere Entwicklung von Staat und Gesellschaft.<sup>35</sup>

Im einzelnen begründet Iran sein Nuklearprogramm damit, daß das Land trotz seines Ölreichtums ein Interesse daran habe, seine Energieressourcen zu diversifizieren. Schließlich seien die Ölvorkommen limitiert und würden auch kommenden Generationen gehören. Der gesteigerte heimische Konsum von Ölerzeugnissen verringere zudem die Nutzung von Öl- und Gasexporten als Deviseneinnahmequellen drastisch. Nicht zuletzt sei der mögliche Einsatz der Kernenergie aus Gründen des Umwelt- und Klimaschutzes wünschenswert.

Gemäß den Bestimmungen des NVV sei es Irans gutes Recht, nicht nur Reaktoren zu errichten, sondern auch einen vollständigen Brennstoffkreislauf aufzubauen und selbst Uran anzureichern, um eigene nukleare Brennstäbe herzustellen. Rußland habe sich lediglich verpflichtet, eine begrenzte Zeit lang Brennstäbe für den Reaktor in Buschehr zu liefern, nicht aber für weitere von Iran geplante Nuklearanlagen. Daher müsse Iran für die Herstellung nuklearer Brennstäbe, die in zivilen Reaktoren genutzt werden, Uran selbst anreichern.<sup>36</sup>

Daß Iran in diesem Bereich ein Maximum an Unabhängigkeit anstrebt, kann angesichts der gegenwärtigen Situation nicht überraschen: Die USA und andere westliche Staaten versuchen, Iran den Zugang

zu Nukleartechnologie zu versperren, und üben Druck auf Moskau aus, seine nukleare Zusammenarbeit mit Iran ebenfalls einzustellen. Die von der iranischen Führung ins Feld geführten ökonomischen Begründungen für das Kernenergieprogramm erscheinen wenig stichhaltig. So wird in Iran Benzin noch immer unter dem Erzeugerpreis produziert. Sollte die iranische Führung tatsächlich die Absicht haben, den heimischen Ölkonsum zu reduzieren, müßten daher erst einmal die heimischen Energiepreise erhöht werden.

### Beweggründe für iranische Waffenprojekte

Für die Einrichtung möglicher iranischer ABC-Waffenprojekte sowie Programme für weitreichende Trägersysteme gibt es vielfältige Motive und Ursachen. Erste Bemühungen um den Aufbau eines Kernwaffenprojekts hat es bereits in der Schah-Ära gegeben. Damals wie heute wurden Kernwaffen als Statussymbol betrachtet. Ihr Besitz sollte Iran dazu verhelfen, zu einer führenden Regionalmacht aufzusteigen. Aspekte regionaler Sicherheit waren für den Schah ebenso wichtig wie für die Führer des heutigen Iran. Damals ging es um den Schutz vor der möglichen sowjetischen Bedrohung, heute geht es um den Schutz vor den Folgen der amerikanischen Militärpräsenz in der Region. Die Programme für chemische und biologische Waffen wurden hingegen direkt durch den Krieg gegen den Irak 1980–88 angestoßen. Anders als Kernwaffen kommen Chemie- und Biologiewaffen aber weit weniger als Statussymbol in Frage. Auch ihr Abschreckungswert ist begrenzt. Andererseits sind sie wesentlich kostengünstiger, leichter zugänglich und können besser versteckt werden als Anlagen für Atomwaffenprogramme. Schließlich hat Iran auf sämtliche ABC-Waffen vertraglich verzichtet, nicht aber auf Raketen und andere weitreichende Trägersysteme, für die es auch gar keine entsprechenden Rüstungskontrollabkommen gibt. Aus diesem Grund informiert die iranische Führung gelegentlich über künftige Vorhaben im Bereich von Raketenprojekten, nicht aber über ABC-Waffen-Vorhaben.

<sup>35</sup> Vgl. Speech by President Khatami, Says Iran will Continue Nuclear Programme, Supports NPT, Vision of the Islamic Republic of Iran Network 1 (Tehran), 9.2.2003.

<sup>36</sup> Vgl. H. E. Mr. Reza Aghazadeh, Vice President of the Islamic Republic of Iran, Iran's Nuclear Policy (Peaceful, Transparent, Independent), Wien: IAEA Headquarters, 6.5.2003.

Die Problematik eventuell existierender Kernwaffenprojekte wird in Iran nicht entlang der Bruchlinien zwischen Reformern und Konservativen diskutiert. Diese Frage ist auch nicht ideologisch besetzt. Vielmehr stehen Gesichtspunkte regionaler Sicherheit sowie Aspekte des nationalen Stolzes und des internationalen Status im Vordergrund.

### Regionale Sicherheit

Das strategische Denken der derzeitigen politisch-religiösen Führungsschicht Irans wird in hohem Maße durch die Erfahrung fast vollständiger Isolation nach der islamischen Revolution geprägt. Besonders ins Gewicht fiel der Krieg gegen den Irak 1980–1988, in dessen Verlauf die irakische Führung chemische Waffen einsetzte, ohne dafür von der internationalen Staatengemeinschaft zur Rechenschaft gezogen zu werden. Das Gefühl, in dieser Auseinandersetzung nahezu völlig allein gelassen worden zu sein, wirkt bei der iranischen Führung bis heute nach. Für sie steht fest, daß Iran im Hinblick auf seine Sicherheit auf sich allein gestellt ist und sich daher auch selbst um sie kümmern muß. Hinzu kommt, daß Iran von Kernwaffenstaaten umringt ist, zu denen überwiegend gespannte Beziehungen bestehen: Pakistan (und Indien) im Osten, Rußland im Norden, Israel im Westen und die amerikanische Flotte im Persischen Golf im Süden.

Der Nachbar Irak wird in Teheran als zentrale Herausforderung für die iranische Sicherheit wahrgenommen – heute allerdings unter anderen Vorzeichen als zu Zeiten Saddam Husseins. Damals stand die Angst im Vordergrund, Irak könnte sich Kernwaffen verschaffen und zu einer Regionalmacht werden, der sich Iran unterordnen müßte – ein Ziel, das Saddam Hussein wahrscheinlich auch verfolgt hat. Der inzwischen von der amerikanisch-britischen Allianz besiegt und besetzte Irak bereitet der Führung in Teheran Sorge, fürchtet sie doch, daß eine dauerhafte Präsenz amerikanischer Streitkräfte im arabischen Nachbarland zu einer machtpolitischen Einkreisung Irans durch die USA führen könnte. Diese zum Teil paranoid wirkenden Einkreisungsängste sind in der iranischen Führungsschicht weit verbreitet. Der ehemalige iranische Präsident Rafsanjani vertrat sogar die Auffassung, eine dauerhafte US-Präsenz im Irak sei schlimmer als das Regime Saddams.<sup>37</sup>

<sup>37</sup> Vgl. Ali Ansari, Iran's Responses to the War in Iraq, in:

Die Rhetorik der Bush-Administration verstärkt entsprechende iranische Ängste. Die Bezeichnung des Iran als »Schurkenstaat« und seine Verortung auf einer »Achse des Bösen« gaben den Befürchtungen Nahrung, daß die USA vor einem Militäreinsatz gegen Iran nicht zurückschrecken würden. Die Art und Weise, wie die US-Streitkräfte in kurzer Zeit und ohne große eigene militärische Verluste Irak niederrangen, hat sicher auch nicht zur Beruhigung beigetragen. Einige Akteure der iranischen Führung könnten daraus die Schlußfolgerung gezogen haben, daß Iran Kernwaffen benötigt, um eine amerikanische Militärintervention in Iran durch Abschreckung wirksam zu verhindern. Sie könnten sich in dieser Auffassung auch durch das Beispiel Nordkoreas bestätigt sehen: Weil Nordkorea, so die Logik, möglicherweise schon über Nuklearwaffen verfügt, muß es derzeit wohl keinen amerikanischen Angriff befürchten. Andere Akteure innerhalb der Führungsriege vertreten jedoch die genau entgegengesetzte Ansicht. Dazu gehören zum Beispiel Parlamentsabgeordnete, die vor der Unterhaltung eines offiziellen iranischen Nuklearwaffenprogramms warnen: Gerade dadurch könnten amerikanische Angriffe provoziert und somit die iranische Sicherheit gefährdet werden.

Ein weiterer Bedrohungsfaktor aus iranischer Sicht ist Israel. So wird befürchtet, daß die Konflikte um die iranische Unterstützung der Hisbollah im Südlibanon oder die begrenzten israelischen Angriffe auf iranische Nukleareinrichtungen Iran in eine größere kriegerische Auseinandersetzung hineinziehen könnten, unter möglicher Beteiligung der USA. Die Schutzvorkehrungen, die an der Urananreicherungsanlage in Natans getroffen werden, bringen die Sorge vor einem Angriff zum Ausdruck. Auch die israelisch-türkische Militärkooperation bereitet der iranischen Führung insofern Kopfzerbrechen, als die Befürchtung besteht, Israel könnte den türkischen Luftraum nutzen, um iranische Nukleareinrichtungen zu zerstören. Andererseits darf nicht übersehen werden, daß eine israelische Bedrohung in der inneriranischen Debatte vor allem von religiös-konservativer Seite mit Bedacht immer wieder beschworen wird.<sup>38</sup>

Eugene Whitlock (Hg.), Iran and Its Neighbors: Diverging Views on a Strategic Region, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Juli 2003, S. 89–95.

<sup>38</sup> Vgl. Shahram Chubin, Iran's Strategic Environment and Nuclear Weapons, in: Geoffrey Kemp (Hg.), Iran's Nuclear Weapons Options: Issues and Analysis, Washington, D.C.: The Nixon Center, Januar 2001, S. 17–33 (26).

Angespannt sind gegenwärtig auch die iranischen Beziehungen zu Pakistan. Seit den pakistanischen Nuklearexplosionen fühlen sich die iranischen Machthaber von oben herab behandelt, obgleich Iran sich Pakistan als kulturell-historisch überlegen empfindet. Als Problem wird zudem eine mögliche pakistanisch-saudische Nuklearkooperation angesehen.<sup>39</sup>

Trotz eines sich entwickelnden persischen Nationalismus und des verbreiteten Anspruchs, Iran als regionale Vormacht zu etablieren, sollten der iranischen Führung nicht von vornherein offensive oder gar aggressive Absichten bei der Verfolgung potentieller ABC-Waffen-Projekte unterstellt werden. Vielmehr scheint die Führungselite primär das Ziel anzuvisieren, über das Mittel der Abschreckung die territoriale Integrität Irans zu bewahren und das politische System aufrechtzuerhalten.

### Stolz und Status

Iran will auf keinen Fall von anderen Staaten dominiert oder diskriminiert werden. Ängste um Integrität und Souveränität des Landes sind tief verwurzelt. Dabei kann Iran aus Sicht vieler Iraner eine historisch und kulturell abgeleitete Führungsrolle beanspruchen.<sup>40</sup> Der Besitz von Kernwaffen könnte Iran daher dem doppelten Ziel näherbringen, sich bei den Nachbarn gebührenden Respekt zu verschaffen und gleichzeitig seine Sicherheit vor äußeren Angriffen zu gewährleisten.<sup>41</sup>

Der persische Nationalismus ist in der Führungselite – bei Konservativen wie Reformern – genauso weit verbreitet wie in der Bevölkerung. Eine iranische Führung, die unter Verweis auf die Statusansprüche Irans offen ein Kernwaffenprojekt betreiben würde, könnte insofern auf die Unterstützung der Bevölkerungsmehrheit setzen. Jedenfalls könnte die Führung mit dieser Legitimationsstrategie jene Anerkennung bekommen, die sie angesichts der wirtschaftlichen

Schwierigkeiten des Landes und der nachlassenden Bindungskraft des islamischen Fundamentalismus bitter nötig hätte.

Die pakistanischen Kernwaffentests von 1998 haben das Gefühl der Überlegenheit der iranischen Nation gedämpft. Das pakistanische Nukleartestgebiet ist nur etwa 30 km von der iranischen Grenze entfernt. Besonders schmerzlich war für die Iraner die Tatsache, daß das von ihnen als kulturell und historisch rückständig angesehene Pakistan bei dieser Gelegenheit technische Fähigkeiten an den Tag legte, über die Iran derzeit nicht verfügt. Daher forderten einige iranische Parlamentsabgeordnete sowie Freitagsprediger nach den pakistanischen Kernexplosionen öffentlich entsprechende eigene Nuklearprogramme ein, damit Iran wenigstens mit Pakistan gleichziehe.<sup>42</sup>

Bedeutsam war aus iranischer Sicht darüber hinaus, daß Pakistan für seine nukleare Demonstration von der internationalen Staatengemeinschaft nicht geächtet, sein internationaler Status im Gegenteil eher noch aufgewertet wurde. Trotz seines undemokratischen politischen Systems und seines Kernwaffenbesitzes wurde Pakistan im Unterschied zu Iran nicht als »Schurkenstaat« gebrandmarkt, sondern – so jedenfalls die Schlußfolgerung vieler Iraner – gerade wegen seines Kernwaffenbesitzes von Washington hofiert. Auch der Fall Indien schien diesen Konnex zu bestätigen: Aufmerksam registrierte die iranische Führung, daß Indien seit seinen Nuklearexplosionen 1998 an internationaler Statur gewonnen hat. Einige iranische Intellektuelle und vermutlich auch Mitglieder der politisch-religiösen Führungselite vertreten seither die Auffassung, daß das hohe Niveau der persischen Zivilisation und die technischen Fähigkeiten Irans nur durch ein erfolgreiches Kernwaffenprogramm unter Beweis gestellt werden könnten. Iranische Kernwaffen könnten insofern einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die Lücke zwischen dem iranischen Selbstbild als führender Regionalmacht und der tatsächlichen, vor allem wirtschaftlich bedingten Schwäche des Landes zu schließen.

Kernwaffen werden von iranischen Akteuren häufig auch mit Verhandlungsmacht identifiziert. Nur ein nuklear bewaffneter Iran – so die These – würde in den früher oder später stattfindenden Gesprächen mit Washington ernst genommen werden und seine Interessen artikulieren können statt dem Druck der letzten

<sup>39</sup> Vgl. ebd.

<sup>40</sup> Zu dieser Ambivalenz zwischen Anspruchsdenken und Ängsten vgl. Johannes Reissner, Iran und seine Nachbarn: Konkurrenz, Pragmatismus und der Ruf nach Kooperation, in: Jens van Scherpenberg/Peter Schmidt (Hg.), Stabilität und Kooperation: Aufgaben internationaler Ordnungspolitik, Baden-Baden 2000, S. 140–160 (141ff).

<sup>41</sup> Vgl. Kori N. Schake/Judith S. Yaphe, The Strategic Implications of a Nuclear-Armed Iran, Washington, D.C.: Institute for National Strategic Studies, National Defense University, 2001 (McNair Paper Nr. 64), S. 1ff.

<sup>42</sup> Vgl. Farideh Farhi, To Have or Not to Have? Iran's Domestic Debate on Nuclear Options, in: Kemp (Hg.), Iran's Nuclear Weapons Options [wie Fn. 38], S. 35–53 (39).

verbliebenen Weltmacht zu erliegen. Denn in einem Punkt sind sich alle Iraner weitgehend einig: Weder möchten sie von den USA dominiert werden noch die in Washington vertretenen Demokratievorstellungen unhinterfragt übernehmen.<sup>43</sup>

### Iranischer Diskurs und Entscheidungsprozesse

Nach der Verfassung der Islamischen Republik Iran ist der Oberste Nationale Sicherheitsrat formell das höchste sicherheitspolitische Entscheidungsgremium. Unter Vorsitz von Präsident Chatami gehören ihm unter anderem der Oberste Revolutionsführer Chamenei, Verteidigungsminister Schamkani, der Vorsitzende des »Rates zur Feststellung der Interessen des Systems«, Rafsanjani, sowie mehr als ein Dutzend Kleriker, Militär- und Revolutionsgarden-Offiziere, Diplomaten und zivile Berater an.<sup>44</sup> Aufgrund seiner Größe tendiert der Nationale Sicherheitsrat bei politischen Entscheidungen zum kleinsten gemeinsamen Nenner.

Aus diesem Grunde – und weil Informationen über ABC-Waffen-Projekte strengster Geheimhaltung unterliegen – neigt man im Westen der Annahme zu, daß entsprechende Entscheidungen in kleineren Zirkeln getroffen werden. Ihnen gehört mit Sicherheit der Oberste Revolutionsführer Chamenei an, laut Verfassung oberster Kommandeur der iranischen Streitkräfte. Ihm – und nicht Präsident Chatami – berichten das Verteidigungsministerium, die Geheimdienste, die Sicherheitsministerien und die islamischen Revolutionsgarden. Die Verteidigungspolitik liegt denn auch weitgehend in der Hand der Konservativen.

Mitglied eines internen Zirkels ist mit großer Wahrscheinlichkeit auch Rafsanjani, dem größter Einfluß gerade in Fragen von ABC-Waffen nachgesagt wird. Mit dem Vorsitz des »Rates zur Feststellung der Interessen des Systems« hat er eine außerordentlich bedeutende Machtposition inne. Manche Experten sehen in

ihm heute nach Chamenei sogar die Nummer zwei im Staat, noch vor Präsident Chatami.<sup>45</sup> Einige vertreten die Ansicht, Rafsanjani sei der Vater einer möglichen iranischen Atombombe: Er hat schon sehr früh wichtige Fäden nuklearer Zusammenarbeit mit Moskau und Peking geknüpft, tendiert zunehmend zu nationalen Sichtweisen und ist von einem Kreis gleichgesinnter Berater umgeben. Rafsanjani, der öffentlich chemische und biologische Waffen als »Atomwaffen des kleinen Mannes« bezeichnete, vertrat die Auffassung, Iran solle den Einsatz solcher Waffen im Verteidigungsfall vorsehen. Auch wenn Chemie- und Biologiewaffen inhuman seien, habe der Krieg gegen den Irak doch gezeigt, daß ihr Einsatz großen Einfluß auf den Kriegsverlauf haben könne und völkerrechtliche Verbotsvereinbarungen ohne Wirkung blieben. Bei anderer Gelegenheit hat Rafsanjani auf die immensen politischen Folgen eines Kernwaffenbesitzes hingewiesen: Sollte die islamische Welt über solche Waffen verfügen, würde die imperialistische Strategie Israels und der USA durchkreuzt, weil schon der Einsatz einer einzigen Kernwaffe das gesamte Territorium Israels zerstören könne. Diese Aussage belegt Rafsanjanis Position, daß Iran Nuklearwaffen zur Abschreckung benötigt.<sup>46</sup>

Neben Chamenei und Rafsanjani sind vermutlich weitere Personen mit ABC-Waffenfragen befaßt: Verteidigungsminister Schamkani, der Sekretär des »Rates zur Feststellung der Interessen des Systems«, Mohsen Rezai, sowie Ali Schahbazi, Kommandeur der Streitkräfte. Auch der stellvertretende Präsident und Vorsitzende der iranischen Atomkommission, Reza Aghasadeh, ist sicher nicht ohne Einfluß auf die nukleare Politik Irans. Er soll sich schon in den achtziger Jahren für die Notwendigkeit einer nuklearen Abschreckungskapazität ausgesprochen haben. Aller Wahrscheinlichkeit nach gehört Präsident Chatami dem für ABC-Waffen entscheidenden kleinen Zirkel nicht an. Das läßt sich unter anderem daraus schließen, daß er sich schon des öfteren öffentlich über seinen geringen Einfluß auf die nationale Sicherheitspolitik beklagt hat – was in gewissem Widerspruch steht zur Bedeutung seines Amtes und seiner Kompetenz, formell den Verteidigungsminister zu ernennen.<sup>47</sup> Sicherlich kontrolliert Chatami seinerseits das Außenministerium sowie das Parlament und kann

<sup>43</sup> Vgl. George *Perkovich*, *Dealing with Iran's Nuclear Challenge*, Washington, D.C.: Carnegie Endowment for International Peace, 28.4.2003, S. 4f; Amin *Tarzi*, *Proliferation Assessment: Iran's Strategic Environment after 9/11*, in: Michael *Barletta* (Hg.), *After 9/11: Preventing Mass-Destruction Terrorism and Weapons Proliferation*, Monterey: Monterey Institute of International Studies, Center for Nonproliferation Studies, 2002 (Occasional Paper Nr. 8/2002), S. 31–37 (35ff).

<sup>44</sup> Vgl. Shahram *Chubin*, *Whither Iran? Reform, Domestic Politics and National Security*, London: The International Institute for Strategic Studies, 2002 (Adelphi Paper Nr. 342), S. 38.

<sup>45</sup> Vgl. Johannes *Reissner*, *Iran nach dem Irak-Krieg*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Juni 2003 (S 25/03), S. 11f.

<sup>46</sup> Vgl. *Eisenstadt*, Iran [wie Fn. 19], S. 10; *Perkovich*, *Dealing with Iran's Nuclear Challenge* [wie Fn. 43], S. 6.

<sup>47</sup> Vgl. *Chubin*, *Whither Iran?* [wie Fn. 44], S. 39f.

weiterhin auf öffentliche – wenn auch abnehmende – Unterstützung bauen. Im Hinblick auf wesentliche sicherheitspolitische Entscheidungen scheint ihm dieser Einfluß aber nur wenig zu nützen. Hinzu kommt, daß seine Amtszeit als Präsident im Jahre 2005 endet. Eine dritte Amtszeit verwehrt ihm die iranische Verfassung.

Aber gibt es überhaupt wesentliche Unterschiede in den Auffassungen über ABC-Waffenfragen? Vertritt Chatami eine Gegenposition zu Chamenei und Rafsanjani? Westliche Beobachter neigen zu der Ansicht, daß zwischen Konservativen und Reformern in bezug auf potentielle iranische ABC-Waffenprogramme keine grundlegenden Differenzen bestehen. Chatami sei ebenso national gesonnen wie die Konservativen, und die Raketenprogramme seien seit Chatamis Amtsantritt keineswegs verlangsamt worden. Die CIA geht offenbar schon seit längerer Zeit davon aus, daß Reformen und Konservative über die Anschaffung von ABC-Waffen einig sind.<sup>48</sup> Jedenfalls empfindet Chatami – wie seine innenpolitischen Gegenspieler – die amerikanische Präsenz am Persischen Golf sowie die Nuklearbewaffnung Israels als Bedrohung und setzt daher auf eine starke Militärmacht zur Verteidigung der iranischen Unabhängigkeit.<sup>49</sup> Im Westen herrscht denn auch die Auffassung vor, es wäre egal, wer in Teheran an der Macht sei; Reformen wie Konservative würden versuchen, sich das einzige Instrument zu verschaffen, das auf die Dauer Unabhängigkeit zu garantieren scheint: Nuklearwaffen.<sup>50</sup>

Tatsächlich wäre es falsch, in der ABC-Waffenfrage von einer einfachen Dichotomie zwischen Konservativen und Hardlinern einerseits und Reformern andererseits auszugehen. Ebenso falsch wäre jedoch die Annahme, die Anschaffung von ABC-Waffen und die damit über kurz oder lang verknüpfte Abkehr von entsprechenden Rüstungskontrollregimen sei bereits beschlossene Sache.

Seit dem jüngsten Krieg gegen das Regime Saddam Husseins kann erstmals von einer öffentlichen Debatte in Iran über Nuklearwaffen gesprochen werden. Zum ersten Mal wurde diese Frage sogar im Parlament thematisiert. Allerdings gilt die Aufmerksamkeit der iranischen Führungselite wie auch der Bevölkerungsmehrheit nach wie vor eher innen- und wirtschaftspolitischen Fragen.

Für die Haltung der Konservativen ist bedeutsam, daß Revolutionsführer Chomeni die Nukleartechnologie zunächst als »unislamisch« ansah – eine Ansicht, die auch heute noch bei Klerikern eine wichtige Rolle spielt. Insofern existiert ein gewisser Widerspruch zwischen religiösem Fundamentalismus und dem Willen zum Bau von Kernwaffen. Während des iranisch-irakischen Krieges soll die damalige religiöse Führungselite sogar den Einsatz chemischer Waffen unter moralischen Gesichtspunkten diskutiert haben. Chomeni soll ihren Einsatz zunächst abgelehnt und erst nach massiven irakischen Chemiewaffeneinsätzen seine Meinung geändert haben.<sup>51</sup>

Darüber hinaus sehen zahlreiche Konservative – wie auch Reformen – iranische ABC-Waffenprojekte insofern als problematisch an, als sie den USA einen geeigneten Vorwand liefern könnten, ihre Streitkräftepräsenz am Persischen Golf auf hohem Niveau zu halten oder sogar Iran militärisch anzugreifen. Auch Israel könnte dadurch ein Grund für Militärschläge gegen Iran gegeben werden. Gerade ABC-Waffenprogramme würden folglich die iranische Sicherheit und Souveränität gefährden. Grund genug für Konservative – Revolutionsführer Chamenei und Verteidigungsminister Schamkani eingeschlossen – wie Reformen, ihnen skeptisch gegenüberzustehen.<sup>52</sup>

Andererseits betrachten wichtige politische Akteure – neben dem obersten Religionsführer Chamenei insbesondere Rafsanjani – Kernwaffen als eine Art magisches Unterpfand, das nationale Macht und Unabhängigkeit garantiere. Westliche Autoren machen darauf aufmerksam, daß Chamenei und Rafsanjani keine internationalen Strategen, sondern politische Kleriker seien, denen es vor allem darauf ankäme, die Islamische Republik Iran gegen äußere Bedrohungen zu schützen.<sup>53</sup> Grundsätzlich erscheint es Konservativen nicht akzeptabel, daß sich die USA und Israel sowie andere Staaten das Recht nehmen, über Nuklearwaffen zu verfügen, Iran dieses Recht aber dauerhaft verwehren wollen.

Das Reformlager setzt sich zu einem großen Teil aus Technokraten zusammen, die modernen Technologien prinzipiell aufgeschlossen gegenüberstehen und – wie Präsident Chatami dies wiederholt zum Ausdruck brachte – die zivile Nutzung der Kernenergie als wesentliches Element für die gesamte Ent-

48 Vgl. Katzman, Iran: Arms and Technology Acquisitions [wie Fn. 5], S. 12.

49 Vgl. Chubin, Whither Iran? [wie Fn. 44], S. 42.

50 Vgl. Tarzi, Proliferation Assessment [wie Fn. 43], S. 37.

51 Vgl. Eisenstadt, Iran [wie Fn. 19], S. 9.

52 Vgl. Perkovich, Dealing with Iran's Nuclear Challenge [wie Fn. 43], S. 6f.

53 Vgl. ebd., S. 4.

wicklung von Staat und Gesellschaft in Iran ansehen. Viele Reformer sind darüber hinaus der Ansicht, daß ein Land wie Iran ohne Kernwaffen von den USA und anderen wichtigen Staaten letztlich nicht ernst genommen würde. Hier wirken die politischen Lehren vor allem der pakistanischen Kernexplosionen von 1998 nach. Gerade weil Reformer den islamischen Fundamentalismus zugunsten einer eher nationalen Orientierung zurückdrängen wollen – Chatami spricht oft davon, erst komme der Iran, dann der Islam, und bekommt dafür viel öffentlichen Beifall –, kommen die Kritiker der Rüstungskontrollregime, die Iran Beschränkungen auferlegen, eher aus ihren Reihen. Zugleich vertreten reformorientierte Kräfte die Auffassung, Nichtverbreitungsnormen seien wesentlicher Bestandteil einer internationalen Zivilgesellschaft. Deshalb sollten solche Normen auch aus innenpolitischen Gründen unterstützt werden.<sup>54</sup>

Fest steht, daß eher Reformer als Konservative auf Kooperation in der Außenpolitik setzen und daher durch ein offenes Kernwaffenprojekt die mühsam aufgebauten und sich positiv entwickelnden Beziehungen zu den kleineren Nachbarn Irans nicht gefährden wollen. Vor allem sehen Reformer in einem offenen Kernwaffenprogramm eine reale Bedrohung für die Beziehungen zum Westen, insbesondere zu Europa. Im Falle eines Verstoßes gegen die Normen des NVV oder eines Austritts aus dem NVV wäre ein Bruch des Westens mit Iran wohl unvermeidlich, der wiederum eher den Konservativen als den Reformern nützen würde. Im Lager der Reformer werden auch die ökonomischen Kosten von ABC-Waffenprogrammen problematisiert, die die Fortentwicklung der iranischen Wirtschaft beeinträchtigen könnten.

Die Auslassungen machen deutlich, daß die iranische Debatte über mögliche ABC-Waffen-Programme offen und keineswegs abgeschlossen ist. Dabei verlaufen die Argumentationslinien quer zu den Lagern von Konservativen und Reformern und sind oft in sich widersprüchlich. Insofern gibt es für den Westen durchaus Möglichkeiten, auf die Entwicklung der öffentlichen Diskussion Einfluß zu nehmen. Wie oben dargelegt, werden die Entscheidungen über ABC-Waffen mit großer Wahrscheinlichkeit in einem sehr kleinen Zirkel getroffen. Unklar ist, ob die dortigen

Diskussionen durch die öffentliche Debatte entscheidend beeinflußt werden.

## Iran und Rüstungskontrolle

Iran ist eines der ganz wenigen Länder der Region, die volles und aktives Mitglied aller relevanten Nichtverbreitungsregime sind: des NVV, des CWÜ und des BWÜ. Die Mitgliedschaften im NVV und im BWÜ hat das derzeitige politische Regime Irans vom Schah-Regime übernommen. An den Verhandlungen über das CWÜ hat die Islamische Republik Iran aber direkt teilgenommen, und das Abkommen wurde im Parlament ratifiziert. Darüber hinaus ist Iran Mitglied der Genfer Abrüstungskonferenz und engagiert sich bei den Diskussionen über Abrüstung im Ersten Ausschuß der UN-Generalversammlung. Im Unterschied zu anderen Staaten, die im Verdacht stehen, sich heimlich ABC-Waffen verschaffen zu wollen, bleibt Iran Rüstungskontrollabkommen nicht fern und will sie auch nicht offen verlassen – so wie zum Beispiel Nordkorea den NVV gekündigt hat.

Mit seiner Teilnahme an der internationalen Rüstungskontrollpolitik verfolgt Iran eine ganze Reihe von Zielen: Durch seine Mitgliedschaft in Rüstungskontrollabkommen und durch deren Implementierung will es, erstens, möglichen Vorwürfen der USA und anderer Staaten offen entgegentreten können, denen zufolge Iran ABC-Waffen entwickle. Dabei wird eine begrenzte Offenheit geschickt mit Transparenzverweigerungen verknüpft. Iran nutzt internationale Rüstungskontrollforen sogar dazu, »den Spieß umzudrehen« und Washington wegen seiner Handhabung von Rüstungskontrollvereinbarungen Vorwürfe zu machen. Zweitens nimmt Teheran unter den nichtgebundenen Staaten eine Führungsrolle ein, wenn es darum geht, von den Industrieländern die volle Umsetzung der vereinbarten Regeln für den zivilen Technologietransfer und die Einstellung diskriminierender Exportkontrollregelungen einzufordern. Drittens betont Iran immer wieder den Wert positiver wie negativer Sicherheitsgarantien und fordert, diese möglichst rechtsverbindlich auszugestalten; dabei verweist die iranische Führung regelmäßig auf seine Erfahrungen im Krieg gegen den Irak, in dem Iran entgegen den Bestimmungen des Genfer Protokolls von 1925 mit chemischen Waffen angegriffen wurde. Viertens nutzt Iran Nichtverbreitungsforen, um Israel seine Nichtmitgliedschaft in Nichtverbreitungsregimen vorzuwerfen und eine kernwaffenfreie

<sup>54</sup> Vgl. Geoffrey Kemp, Introduction, in: ders. (Hg.), Iran's Nuclear Weapons Options [wie Fn. 38], S. 2; Peter Jones, Iran's Threat Perception and Arms Control Policies, in: The Non-proliferation Review, (Herbst 1998), S. 39–55 (45).

Zone Naher Osten zu fordern.<sup>55</sup> All dies hat dazu geführt, daß Iran international keineswegs isoliert ist, sondern auf die Unterstützung anderer nichtgebundener Staaten hoffen kann.

## NVV

Das Grundmuster iranischer Rüstungskontrollpolitik ist seit vielen Jahren konstant geblieben. So schloß sich Iran während der wichtigen Überprüfungs- und Verlängerungskonferenz zum NVV 1995 einer Gruppe nichtgebundener Staaten an, die – anders als die überwiegende Mehrzahl der Vertragsstaaten, darunter alle westlichen Länder – statt einer unbefristeten nur eine befristete Verlängerung des NVV um zunächst 25 Jahre anstrebte. Diese Gruppe warf den Kernwaffenstaaten vor, ihren Abrüstungsverpflichtungen nicht nachgekommen zu sein und die Kooperation bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie behindert zu haben. Auch wenn sich diese Staatengruppe am Ende nicht durchsetzen konnte und der NVV unbefristet verlängert wurde, hat die iranische Führung doch ein Ziel erreicht: Entgegen den ursprünglichen Vorstellungen – insbesondere der USA – legte die Konferenz fest, daß die IAEA als einzige Organisation befugt sei, die Vertragstreue der NVV-Mitgliedstaaten festzustellen.<sup>56</sup>

Auch auf der jüngsten Sitzung zur Vorbereitung der nächsten NVV-Überprüfungskonferenz 2005 betonte der iranische Vertreter erneut, die Kernwaffenstaaten seien ihren Abrüstungsverpflichtungen nicht nachgekommen; auch sei der freie Zugang zur friedlichen Nutzung der Kernenergie, wie er in Artikel IV des NVV festgelegt ist, nicht gewährleistet. Vielmehr würden Staaten wie Iran in diskriminierender Weise durch Exportkontrollen an der friedlichen Nutzung der Kernenergie gehindert, obwohl sie die Bestimmungen des NVV einhalten würden. Darüber hinaus forderte Iran einmal mehr rechtlich verbindliche Sicherheitsgarantien, die es den Kernwaffenstaaten untersagen würden, gegen Nicht-Kernwaffenstaaten Nuklearwaffen einzusetzen oder sie auch nur damit zu bedrohen. Der offizielle Vertreter Irans trug die Kritik an der amerikanischen Politik bei dieser

<sup>55</sup> Vgl. Jones, *Iran's Threat Perceptions and Arms Control Policies* [wie Fn. 54], S. 40f.

<sup>56</sup> Vgl. Harald Müller, *Historische Entscheidung? Zur Verlängerung des Atomwaffensperrvertrages*, Frankfurt a.M.: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Juni 1995 (Friedensforschung Aktuell Nr. 5).

Gelegenheit äußerst dezidiert vor und konzentrierte sich vor allem auf die nationale Sicherheitsstrategie der Bush-Administration. Diese basiere auf der Annahme, daß Kernwaffen bis auf weiteres elementarer Bestandteil amerikanischer Sicherheitspolitik seien, und schließe nicht einmal den Einsatz dieser Waffen aus. Besonders verwerflich sei, daß die USA sogar Präemptivschläge einplanten.<sup>57</sup>

Doch inwiefern ist Iran selbst zu Transparenz seiner eigenen Nuklearaktivitäten bereit? Gemäß Safeguards-Abkommen mit der IAEA läßt Iran Routinekontrollen an gemeldeten Anlagen zu. Dazu gehören Forschungsreaktoren und andere nukleare Einrichtungen in Teheran und Isfahan sowie der im Bau befindliche Kernreaktor in Buschehr. Als zu Beginn der neunziger Jahre Fragen zu den iranischen Nuklearaktivitäten aufkamen, lud Teheran die IAEA zu speziellen Visiten ein, ohne dazu verpflichtet zu sein. Im Februar 1992 fanden Besuche an sechs von insgesamt zehn verdächtigen Einrichtungen statt, bei denen aber keine geheimen Aktivitäten entdeckt wurden. Im Oktober und November 1993 besuchten IAEA-Vertreter erneut nukleare Forschungseinrichtungen in Teheran, Isfahan und Kraj. Anders als bei den ersten Besuchen waren die IAEA-Inspektoren diesmal im Vorfeld von westlichen Geheimdiensten umfassend über deren Kenntnisse von iranische Nuklearaktivitäten unterrichtet worden. Doch auch diesmal wurden keine Aktivitäten entdeckt, die als Verstoß gegen den NVV hätten gewertet werden können. Formal handelte es sich dabei allerdings um Besuche, nicht um Inspektionen oder gar Verdachtsinspektionen. Die Inspektoren hatten daher keinen unbeschränkten Zugang zu den besuchten Einrichtungen und waren auch nicht angemessen ausgerüstet, um alle nuklearen Aktivitäten untersuchen zu können. Insbesondere bestand nicht die Möglichkeit, Boden- oder Umweltproben zu nehmen.<sup>58</sup>

Einen wirklichen Fortschritt in Richtung Transparenz würde erst die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zu den Safeguards-Vereinbarungen bringen. Das entsprechende Dokument INFCIRC/540 liegt seit 1997 zur Unterzeichnung aus, aber nur 35 Staaten hatten es bis Juni 2003 ratifiziert. Das Protokoll

<sup>57</sup> Vgl. Statement by Ambassador Ali Khoshro, Deputy Foreign Minister for Legal and International Affairs, 29.4.2003, zu finden unter <[www.acronym.org.uk/npt/03stat.htm](http://www.acronym.org.uk/npt/03stat.htm)>.

<sup>58</sup> Vgl. Anthony Cordesman, *Iran and Nuclear Weapons – A Working Draft*, Washington, D.C.: Center for Strategic and International Studies, 7.2.2000, S. 22.

verlangt den Unterzeichnerstaaten ab, daß sie nicht nur den Fluß spaltbaren Materials in deklarierten Anlagen vor Ort überprüfen lassen, sondern der IAEo auch ein umfassenderes Bild ihrer Nuklearaktivitäten geben. So müßten Schwerwasserfabriken wie jene im iranischen Arak bereits vor ihrer Fertigstellung gemeldet werden, Urananreicherungsanlagen sogar bereits 180 Tage vor Baubeginn. Kernziel des Zusatzprotokolls ist es, Inspektionen auch an nichtdeklarierten Einrichtungen vornehmen zu können. Dadurch ließen sich nicht nur gemeldete zivile Nuklearprojekte, sondern auch heimlich durchgeführte Nuklearwaffenprogramme wesentlich besser aufklären. Dazu würden auch die im Protokoll vorgesehenen Umwelt- und Bodenproben beitragen.<sup>59</sup> Natürlich könnte auch das Zusatzprotokoll keine vollständige Garantie bieten, daß nicht doch heimlich in relativ leicht zu versteckenden Einrichtungen Uran angereichert wird. Auch hat jeder NVV-Mitgliedstaat weiterhin ein Vertragskündigungsrecht. Nach einem Verlassen des NVV könnte er daher die zuvor kontrollierte Urananreicherung ohne jede Beschränkung fortsetzen.

Iran hat das Zusatzprotokoll noch immer nicht in Kraft gesetzt. Die iranische Führung begründet ihr Zögern mit dem Argument, daß sie – zum Beispiel durch die Einladung von IAEo-Inspektoren in den Jahren 1992 und 1993 – mehr Offenheit gezeigt habe als die meisten anderen NVV-Mitglieder, ohne daß in der Folge die diskriminierenden Exportkontrollregime abgeschafft worden seien. Auch habe Iran gegenüber der IAEo seine Pläne für ein ziviles Nuklearprogramm komplett offengelegt. Offenbar fürchtete man in Teheran auch, daß verschärfte Kontrollen zu Spionagezwecken mißbraucht werden könnten. Dennoch erklärte der stellvertretende iranische Präsident und Vorsitzende der iranischen Atomenergie-Kommission, Aghasadeh, anläßlich einer Präsentation vor der IAEo in Wien am 6. Mai 2003, Iran würde das Zusatzprotokoll prinzipiell akzeptieren. Teheran lehne aber eine Ratifikation ohne Gegenleistungen ab. Erneut verwies er auf die Ungleichbehandlung in der internationalen Staatengemeinschaft: Während Iran immer noch Opfer von Restriktionen sei, obwohl das Land alle Verträge einhalte, befänden sich andere Staaten, die nicht einmal Mitglied des NVV seien, im

Besitz von Kernwaffen, ohne daß sie dafür in irgendeiner Weise zur Verantwortung gezogen würden.<sup>60</sup>

Entgegen aller anderslautenden Behauptungen Irans gab es bei der Implementierung des NVV während der neunziger Jahre offenbar doch Unregelmäßigkeiten. Das kommt in einem Bericht von IAEo-Direktor ElBaradei zum Ausdruck, den er auf einer routinemäßigen Sitzung des IAEo-Gouverneursrates im Juni 2003 vorlegte. Danach hat Iran 1991 Uran aus China importiert und weiterverarbeitet, dies aber – wie es die Safeguards-Übereinkunft vorschreibt – der IAEo nicht gemeldet. Ein Teil des Urans wurde in Form von Uranhexafluorid importiert, das für den Urananreicherungsprozeß benutzt wird. Die IAEo stellte fest, daß der Zylinder, in dem das Uranhexafluorid gelagert wurde, ein geringeres Gewicht auf die Waage brachte, als Iran gemeldet hatte. Iran erklärte diese Unstimmigkeit mit Rissen in diesem Zylinder. Einige Experten vermuten jedoch, daß Iran einen Teil des Uranhexafluorids entnommen und für Tests von Zentrifugen benutzt haben könnte, was einem klaren Verstoß gegen das Safeguards-Abkommen gleichkäme. Ein anderer Teil des importierten Urans bestand aus Urantetrafluorid, das von iranischen Experten in Uraniummetall umgewandelt wurde. Dieses Metall wird hauptsächlich für den Bau von Atomwaffen verwendet.

In seinem Bericht hob ElBaradei hervor, daß Iran der IAEo inzwischen Zugang zu denjenigen Einrichtungen gewährt habe, in denen die nicht deklarierte Bearbeitung von Uran stattgefunden hat. Auch wenn die verarbeiteten Uranmengen nicht sehr groß waren – es handelte sich um etwa 1,8 t, was 0,13 kg effektivem Uran entspricht – und das Uran vor der Nutzung für Atomwaffen weiterverarbeitet werden müßte, seien die iranischen Verfehlungen dennoch ein ernster Anlaß zur Sorge. Zwar zeige Iran die Bereitschaft, die Unklarheiten in Kooperation mit der IAEo aus der Welt zu schaffen, doch bedürfe es weiterer Überprüfungen, ob die inzwischen erstatteten iranischen Meldungen auch den Tatsachen entsprächen.

Im Bericht wurde außerdem kritisiert, daß die Anlagen in Natans und Arak erst gemeldet wurden, nachdem ihre Existenz öffentlich bekannt geworden war. Schließlich wird noch negativ vermerkt, daß Iran – trotz Ersuchens der IAEo-Inspektoren – das Sammeln von Umweltproben an der Kalaye-Einrichtung in Teheran nicht zuließ, wo offenbar ein Teil der Zentri-

<sup>59</sup> Das Zusatzprotokoll INFCIRC/540 ist abgedruckt in: *Mountbatten Centre for International Studies*, NPT Briefing Book, Bd. II: Treaties, Agreements and Other Relevant Documents, 9. Auflage, Southampton 2003, S. H16–H21.

<sup>60</sup> Vgl. H. E. Mr. Reza Aghazadeh, Vice President of the Islamic Republic of Iran, Iran's Nuclear Policy [wie Fn. 36], S. 11.



fugen hergestellt worden war. Positiv sei jedoch zu werten, daß Iran seit Mai 2003 IAEA-Inspektoren erlaube, Umweltproben in der Anlage von Natans zu nehmen. Auch habe Iran im Februar 2003 in einer Vereinbarung mit der IAEA zugesichert, Informationen über neue Nuklearanlagen zu übermitteln, sobald eine Entscheidung zum Bau getroffen worden sei. Auf diesem Wege sollte ein zweiter »Fall Natans« vermieden werden. Im Bericht wurde nicht behauptet, daß Iran Kernwaffen entwickeln würde, und es wurde – anders als im Fall Nordkorea – auch keine Vertragsverletzung festgestellt. Gleichwohl wurde das iranische Verhalten als Regelverstoß gewertet und entsprechend gerügt.<sup>61</sup>

Obwohl die amerikanische Delegation schwere Vorwürfe gegen Iran erhob, konnte sie auf der Gouverneursratsitzung keine gegen Iran gerichtete Resolution durchsetzen. Dies lag vor allem daran, daß Iran von einer Reihe nichtgebundener Staaten unterstützt wurde, die an der Überzeugung festhielten, das iranische Nuklearprogramm verfolge ausschließlich zivile Ziele.<sup>62</sup> Offenbar ging die iranische Taktik auf, mit der IAEA soviel wie unbedingt nötig, aber nicht soviel wie gefordert zu kooperieren: Trotz offensichtlicher Verfehlungen – siehe den ungeklärten Verbleib von Uranhexafluorid –, die den Verdacht auf schwerwiegendere Vertragsverletzungen erwecken, konnte eine förmliche Beschuldigung Irans abgewendet werden.

## CWÜ

An den Verhandlungen über das Verbot chemischer Waffen nahmen iranische Vertreter aktiv teil und beteuerten in den Gesprächen immer wieder, daß Iran als Opfer des Einsatzes chemischer Waffen durch Irak an einem vollständigen Verbot dieser Waffenkategorie interessiert sei. Nachdem Iran das CWÜ auf der Pariser Zeichnungskonferenz im Januar 1993 unterschrieben und es im November 1997 ratifiziert hatte, wurde das Abkommen für Iran im darauffolgenden Monat wirksam. Laut seiner Erstdeklaration existieren in Iran neben meldungspflichtigen zivilen Industriestand-

orten zwei ehemalige Produktionsstätten für chemische Kampfstoffe, aber keine aktuellen Waffenbestände. Diese Angaben riefen Zweifel hervor, da im unklaren blieb, was mit den in den gemeldeten ehemaligen Produktionsanlagen hergestellten Chemiekampfstoffen geschehen war. Die iranische Seite behauptete, die in der letzten Phase des Krieges gegen Irak hergestellten Chemiekampfstoffe nach dem Waffenstillstand 1988 vernichtet zu haben.<sup>63</sup> Bei den von der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCW) durchgeführten Inspektionen gab es tatsächlich nichts zu beanstanden.<sup>64</sup> Allerdings fanden diese Inspektionen lediglich routinemäßig an gemeldeten Einrichtungen statt. Inzwischen sind die ehemaligen C-Kampfstoffproduktionsstätten unter Aufsicht von OVCW-Inspektoren zerstört worden. Iran ist jedoch nicht das einzige Land, das der OVCW ehemalige C-Waffen-Produktionsstätten, nicht aber Waffenbestände gemeldet hat.<sup>65</sup>

Neben den vorschriftsmäßig durchgeführten Inspektionen verweist Iran auf seine aktive Rolle bei den Bemühungen um eine Verbesserung des Schutzes gegen chemische Kampfstoffe. So wurden in Iran in Zusammenarbeit mit der OVCW mehrere medizinische Kurse zum Thema C-Schutz durchgeführt, an denen sich eine Reihe anderer CWÜ-Mitgliedstaaten

<sup>63</sup> So die iranische Delegation in ihrer Reaktion auf amerikanische Vorwürfe, gegen das CWÜ verstoßen zu haben, während der ersten Überprüfungskonferenz zum CWÜ in Den Haag am 28. April 2003.

<sup>64</sup> Als es in Zusammenhang mit zwei Aufsätzen in dem OVCW-Magazin *Synthesis* im November 2000 zu iranischen Beschwerden kam – in diesen Artikeln wurde der Vorwurf erhoben, Iran verstoße gegen das CWÜ –, stellte der damalige OVCW-Generaldirektor Bustani Iran eine Art Unbedenklichkeitserklärung aus. Darin heißt es: »On the substance of the matter the Secretariat wishes to reiterate that it has no reason whatsoever to question Iran's full compliance with the CWC, and that the application of verification measures in Iran is strictly in accordance with the Convention. There are no grounds for any concern or ambiguity in this regard. Furthermore, all verification activities in the Islamic Republic of Iran have been conducted in an atmosphere of openness and transparency, and with the full cooperation of the Iranian government.« (Zit. in: *Organisation for the Prohibition of Chemical Weapons, Office of the Director-General*, 8.12.2000).

<sup>65</sup> Frankreich, Großbritannien, China und Japan reichten bei der OVCW ähnliche Meldungen ein. Lediglich im Falle Japans ist die Diskrepanz zwischen gemeldeter ehemaliger Produktionsstätte und nicht existierenden Kampfstoffen insofern öffentlich plausibel gemacht worden, als die von Tokio gemeldete ehemalige Produktionsstätte von der Aum-Sekte zur Kampfstoffproduktion genutzt worden war. Vgl. die Internetseite des Stimson Center: <[www.stimson.org](http://www.stimson.org)>.

<sup>61</sup> Vgl. Introductory Statement to the Board of Governors by IAEA Director General Dr. Mohamed ElBaradei, Wien, 16.6.2003; Mark Landler, U.S. Leads Major Diplomatic Push on Iran Nuclear Program, in: *International Herald Tribune*, 18.6.2003, S. 3.

<sup>62</sup> Vgl. Gillian Tett/Judy Dempsey/Guy Dinmore, Iran Insists It Will Press Ahead with Nuclear Plan, in: *The Financial Times*, 20.6.2003, S. 1.

beteiligten. Mit diese Aktivitäten versucht Iran seine internationale Reputation zu verbessern und das Image eines Staates zu pflegen, der sich gegen ABC-Waffen wendet.

Iran hat wie im Falle des NVV auch an das CWÜ konkrete Erwartungen. Sie richten sich – ähnlich der zivilen Nutzung der Kernenergie – auf den ungehinderten Zugang zu zivil nutzbaren Chemikalien sowie entsprechenden Produktionstechnologien. Die CWÜ-Mitgliedschaft bietet Iran einen wichtigen Vorteil, da sich die Vertragsstaaten dieses Abkommens dazu verpflichtet haben, bestimmte Chemikalien, die sowohl zivil als auch militärisch nutzbar sind, nicht an Nicht-CWÜ-Mitgliedsländer zu liefern. Die Teheraner Führung beklagt jedoch, daß Iran ungeachtet dessen von den Industrieländern durch Exportkontrollen diskriminiert wird. Die Kritik richtet sich insbesondere gegen die Australische Gruppe<sup>66</sup>: Die in ihr vertretenen Industrienationen würden ihre nationalen Exportkontrollbestimmungen abstimmen und Informationen über Exportverweigerungen austauschen. Immer wieder hat Iran die Ablösung der Australischen Gruppe durch einen multilateralen Mechanismus unter Führung der OVCW vorgeschlagen – ein Vorschlag, der auch von anderen nichtgebundenen Staaten unterstützt wird. Die iranische Führung legitimierte ihre Forderung mit dem Argument, das CWÜ basiere auf einem ausgewogenen Verhältnis zwischen der Verifikation des Verbotes chemischer Waffen einerseits und dem freien Zugang zu Chemikalien und den entsprechenden Produktionstechnologien zu zivilen Zwecken andererseits.<sup>67</sup>

Iran formuliert im Kreis der CWÜ-Mitgliedstaaten jedoch nicht nur Erwartungen, sondern nutzt auch sich bietende Gelegenheiten, um scharfe Kritik insbesondere an Israel und den USA zu üben. So sei die Ignoranz Israels gegenüber dem CWÜ und seine Weigerung, diesem Abkommen beizutreten, für Iran als einem Opfer chemischer Kriegführung nicht akzeptabel. Die internationale Gemeinschaft solle daher mit dem Ziel Druck auf Israel ausüben, daß es dem CWÜ beitrete und seine geheimen ABC-Waffen-Programme einstellt. Vorwürfe der USA, Iran verstoße gegen das CWÜ, kontert die iranische Führung mit dem Hinweis, daß einzig die OVCW befugt sei, den Tatbestand der Vertragsuntreue festzustellen. Abge-

sehen davon hätten die USA als einziger CWÜ-Mitgliedstaat nationale Gesetze verabschiedet, die im Kern gegen das CWÜ verstoßen würden: So werde unter anderem dem amerikanischen Präsidenten das Recht vorbehalten, Verdachtsinspektionen unter Verweis auf die nationalen Sicherheitsinteressen der USA abzulehnen.<sup>68</sup>

## BWÜ

Anders als der NVV und das CWÜ sieht das BWÜ keinerlei Mechanismen für regelmäßige Vor-Ort-Überprüfungen vor. Anlässlich der zweiten Überprüfungs-konferenz zum BWÜ im Jahr 1986 beschlossen die Vertragsstaaten aber vertrauensbildende Maßnahmen, die bei der dritten Überprüfungs-konferenz 1991 noch erweitert wurden. Im wesentlichen handelt es sich um einen rechtlich nicht bindenden jährlichen Informationsaustausch, an dem sich nur wenige Vertragsstaaten regelmäßig beteiligten. Iran reichte 1998, 1999 und 2002 Meldungen mit Informationen zu zivil genutzten Laboratorien, Impfstoffproduktionseinrichtungen, wissenschaftlichen Publikationen und Krankheitsausbrüchen ein und gab an, weder offensive B-Waffen-Projekte noch B-Schutzprogramme durchgeführt zu haben.

Angesichts der wachsenden Bedrohung durch biologische Waffen strebten die BWÜ-Vertragsstaaten seit Anfang der neunziger Jahre eine Stärkung des Vertrages an. Als BWÜ-Mitgliedstaat nahm Iran von 1995 bis 2001 aktiv an den Verhandlungen über ein Zusatzprotokoll zum BWÜ teil, das durch eine Kombination von Meldungen, Vor-Ort-Besuchen und Verdachtsinspektionen die Überprüfbarkeit des BWÜ stärken sollte. Iran unterstrich seine intensive Beteiligung noch durch die Tatsache, daß es einen der sogenannten »Friends of the Chair« stellte, die den Verhandlungsvorsitzenden, den ungarischen Diplomaten Tibor Toth, bei seiner Arbeit unterstützten.

Iran konzentrierte sich – wie eine Reihe anderer nichtgebundener Länder – von Beginn an auf die Forderung, daß der freie Zugang der Vertragsstaaten zu biologischen Agenzien und entsprechenden Ausrüstungen und Technologien zur zivilen Nutzung sichergestellt sein müsse. Wie im Falle des CWÜ zielte die iranische Verhandlungsführung darauf ab, die Australische Gruppe durch einen multilateralen Exportkontrollmechanismus zu ersetzen. Anstatt die

<sup>66</sup> Vgl. dazu <<http://www.australiagroup.net/>>.

<sup>67</sup> Vgl. H. E. Dr. G. Ali *Khosro*, Deputy Foreign Minister of Legal and International Affairs, Statement to the First Review Conference of the States Parties of the Chemical Weapons Convention, The Hague, 30.4.2003.

<sup>68</sup> Vgl. ebd.

Entwicklungsländer mittels Exportkontrollen zu diskriminieren, so die iranische Position, sollten die Industriestaaten stärker kooperieren, um weltweit die Entwicklung und Anwendung der Biotechnologie sowie die Produktion von Impfstoffen zu fördern. Die iranischen Vertreter schlugen im weiteren Verlauf der Verhandlungen sogar einen Schlichtungsmechanismus vor, der beim Exekutivausschuß einer zu gründenden BWÜ-Organisation anzusiedeln wäre und im Falle eines Streits zwischen Vertragsstaaten über verweigerte Transfers von Agenzien oder Technologien in Gang gesetzt werden sollte. Dieser iranische Verhandlungsvorschlag wurde von weiteren nichtgebundenen Staaten unterstützt.<sup>69</sup>

Die iranische Verhandlungsdelegation zeigte sich aber auch interessiert an einer Verbesserung der Überprüfungsmechanismen des BWÜ. Im Dezember 1998 wurde in einer iranischen Impfstoffproduktionsanlage die Durchführung von Zufallsbesuchen geprobt: Iranische Regierungsvertreter inszenierten eine Besuchssituation, um zu testen, auf welche Schwierigkeiten eine Visite stoßen könnte. Über den Verlauf und die Ergebnisse wurden die anderen Verhandlungsdelegationen unterrichtet. Offenbar schien Iran nun bereit, Zufallsbesuche zu akzeptieren, die dazu dienen sollten, die Richtigkeit zuvor eingereicherter Meldungen zu überprüfen. Allerdings sollte das Experiment wohl gleichzeitig demonstrieren, daß ein eintägiger Besuch eines kleinen Teams mit vier Mitgliedern ausreichen würde. Der Probelauf konnte somit zum einen Irans Offenheit für Zufallsbesuche belegen und zum anderen dem Verhandlungsforum möglichst begrenzte Besuche nahelegen.<sup>70</sup> Ob Iran letztlich wirklich bereit ist, Zufallsbesuche im Rahmen des BWÜ zu akzeptieren, ist derzeit nicht zu klären. Aufgrund der amerikanischen Ablehnung eines BWÜ-Protokollentwurfs wurden die Verhandlungen im Juli 2001 eingestellt. Derzeit besteht kaum Hoffnung auf ihre Wiederaufnahme.<sup>71</sup>

<sup>69</sup> Vgl. Working Paper submitted by the Islamic Republic of Iran, Settlement of Disputes on Transfer Denial, BWC/AD HOC GROUP/WP.426 vom 2.8.2000; Working Paper by China, Cuba, India, Indonesia, the Islamic Republic of Iran, Mexico and Pakistan (Libyen und Sri Lanka kamen später hinzu), Text to be replaced under Article III, (F) of the Protocol, BWC/AD HOC GROUP/WP.432 vom 23.11.2000.

<sup>70</sup> Vgl. Working Paper submitted by the Islamic Republic of Iran, Report of a National Trial Visit to a Vaccine and Serum Production Facility, BWC/AD HOC GROUP/WP.345 vom 14.1.1999.

<sup>71</sup> Zu den BWÜ-Protokollverhandlungen vgl. Oliver Thränert, Die Bemühungen um die Stärkung des B-Waffen-Überein-

## Hat Iran noch Interesse an Rüstungskontrolle?

Eine Bilanz der iranischen Erfahrungen als Mitglied in Rüstungskontrollregimen könnte in den unterschiedlichen Entscheidungszirkeln zu der Erkenntnis führen, daß diese Mitgliedschaften den nationalen Interessen des Landes nicht mehr in ausreichendem Maße dienen. Manche internationalen Beobachter sind ohnehin der Ansicht, daß die derzeitige iranische Führung beispielsweise dem NVV nicht zugestimmt hätte, wenn sie die Mitgliedschaft in diesem Vertrag nicht vom Schah geerbt hätte.<sup>72</sup>

Besonders im Reformlager herrscht Ernüchterung darüber vor, daß es trotz jahrelanger Bemühungen nicht gelungen ist, die als diskriminierend empfundenen Exportkontrollen der Industrieländer aufzubrechen. Da die weitere technologische Entwicklung des Landes im Zentrum des Interesses der Reformer steht, muß diese Erkenntnis bei ihnen besonders frustrierend wirken. Im Zuge der Vorbereitungen zur NVV-Überprüfungs- und -Verlängerungskonferenz 1995 soll ein hoher iranischer Beamter angedeutet haben, die Teheraner Führung erwäge einen NVV-Austritt für den Fall, daß die Verweigerung ziviler Nuklearexporte Bestand haben würde.<sup>73</sup> Erfolgt ist der Austritt bislang jedoch nicht.

Auch im konservativen und militärischen Lager gibt es Grund zur Enttäuschung. Hier wird insbesondere moniert, daß Iran dauerhaft auf ABC-Waffen verzichtet habe – anders als sein größter Widersacher Israel. Der Nachbar Pakistan verfüge nunmehr ebenfalls über Kernwaffen und mache keinerlei Anstalten, auf diese Waffen zu verzichten und dem NVV beizutreten. Dafür werde Pakistan nicht einmal gerügt, sondern erfahre sogar eine politische Aufwertung durch die USA.

Aus Sicht der »Realisten« im iranischen politischen Establishment hat diese Art von doppelten Standards die Institution des NVV beschädigt. Sie fragen sich, welchen Wert ein solcherart »beschädigter« Vertrag für Iran noch haben kann. Andere, darunter auch Militärs, scheinen schon seit einiger Zeit Zweifel zu hegen, ob die iranische Republik dauerhaft gegen den »internationalen Zionismus« – so die in Iran übliche Ausdrucksweise – verteidigt werden könne, indem

kommens, in: Dorothee de Neve/Petra Dobner/Stefan Göhlert/Reinhard Wolf (Hg.), Terror, Krieg und die Folgen, Frankfurt a.M. u.a. 2002, S. 171–184.

<sup>72</sup> So etwa Chubin, Whither Iran? [wie Fn. 44], S. 72.

<sup>73</sup> Vgl. Riecke, The Most Ambitious Agenda [wie Fn. 1], S. 191.

man Konventionen beitrete, die ABC-Waffen verbieten.<sup>74</sup> Es sei unklug, nahezu vollständig auf Abschreckungsmittel zu verzichten, wenn dieser Verzicht ohne wirkliche Gegenleistung bliebe.<sup>75</sup>

In diesem Kontext wird insbesondere der Fall Nordkorea von der iranischen Führung sehr genau beobachtet. Wenn Nordkorea sein Recht zum Austritt aus dem NVV sowie auf den Besitz von Atomwaffen durchsetzen oder als Kompensation für die Aufgabe dieses Projektes wesentliche Konzessionen von den USA einhandeln kann, werden jene Kräfte gestärkt, die schon jetzt der Ansicht sind, daß Iran einen ähnlichen Weg gehen und den NVV unter Nutzung der Ausstiegsklausel verlassen sollte.

Es gibt jedoch auch Gegner dieser Position. Ihr zentrales Argument lautet, Iran habe gar nicht die Wahl, dieses Abkommen zu verlassen. Entschiede es sich dafür, würde der internationale Druck auf Iran wachsen und damit die Gefahr einer Isolation nur noch größer werden.<sup>76</sup>

Hinzu kommt, daß internationale Rüstungskontrollforen Iran nach wie vor eine willkommene Gelegenheit bieten, seine Standpunkte in Sachen Exportkontrollen zu verdeutlichen und seine Kritik an den USA und anderen Staaten, vornehmlich Israel, öffentlichkeitswirksam zu artikulieren. Schließlich ist Iran bis jetzt beides gelungen: Sich Optionen im Bereich von ABC-Waffen zu erarbeiten beziehungsweise offenzuhalten *und* zugleich respektiertes Mitglied in internationalen Rüstungskontrollregimen zu sein. In dem Maße jedoch, in dem vor allem das Nuklearprogramm vorangetrieben wird, dürfte sich zunehmend die Frage aufdrängen, ob beides weiterhin miteinander zu vereinbaren ist. Spätestens wenn entschieden werden muß, ob Iran im Rahmen der Entwicklung nuklearer Sprengköpfe für seine Schahab-Raketen Nukleartests durchführen soll, wird sich diese Frage klären, da solche Tests nicht unentdeckt bleiben würden. Ob sich dann – oder vielleicht auch schon viel früher – die Waagschale eher zugunsten derjenigen neigen wird, die sich für ein offenes Kernwaffenprogramm und für einen Ausstieg aus dem NVV aussprechen, oder eher zugunsten jener, die für die Rüstungskontrolle und gegen Nuklearwaffen votieren, bleibt abzuwarten.

<sup>74</sup> Vgl. *Chubin*, Whither Iran? [wie Fn. 44], S. 81.

<sup>75</sup> Vgl. *Farhi*, To Have or Not to Have? [wie Fn. 42], S. 48.

<sup>76</sup> Vgl. ebd.

## Politikoptionen

Um Teheran zu einem Verzicht auf ABC-Waffen zu bewegen, bedarf es einer international abgestimmten Strategie. Daß es keine leichte Aufgabe ist, einen solchen Verzicht zu erwirken, zeigte sich schon bei den relativ klaren Fällen Irak und Nordkorea, die eindeutig gegen Rüstungskontrollregime verstießen oder sie offen verlassen wollten. Im Falle Irans sind sich die Experten nicht einmal einig, ob sein Nuklearprogramm tatsächlich auf die Entwicklung von Atomwaffen zielt. Verstöße gegen das CWÜ oder das BWÜ sind bisher ebensowenig eindeutig nachweisbar.

Erschwerend kommt hinzu, daß die Interessen der wichtigsten Staaten sehr unterschiedlich sind. Die USA nehmen Iran vornehmlich als Proliferationsproblem wahr und streben weiterhin die Isolation des Landes an. Für die EU-Mitgliedstaaten ist Iran ein interessanter Handelspartner mit großer politisch-strategischer Bedeutung für die Stabilität der Region. Seine Isolation liegt deshalb nicht im EU-Interesse. Rußland engagiert sich wirtschaftlich stark in Iran, auch bei der zivilen Nutzung der Kernenergie, und sieht gute Beziehungen zur iranischen Führung darüber hinaus als wichtigen Kanal an, auf die Region Naher/Mittlerer Osten Einfluß zu nehmen.

Es gibt im wesentlichen zwei Politikoptionen zur Unterbindung iranischer ABC-Waffen-Projekte: Intervention und Rüstungskontrolle. Eine weitere, im folgenden zuerst diskutierte Option wäre, iranischen Kernwaffenbesitz zu akzeptieren.

### Akzeptanz eines nuklearen Iran?

Einige Beobachter und Experten sind der Auffassung, daß sich Iran früher oder später ohnehin Kernwaffen verschaffen wird. Dies sei zwar nicht wünschenswert, gleichwohl aber kaum zu verhindern. Ihrer Einschätzung nach benötigt die iranische Führung Atomwaffen lediglich für defensive Zwecke und hat nicht die Absicht, seine nuklearen (sowie chemischen und biologischen) Fähigkeiten an andere Staaten oder nichtstaatliche Akteure weiterzugeben. Daher müsse es primär – so die These – um das Management eines nuklear bewaffneten Irans gehen, etwa indem westliche Verbündete in der Region beim Aufbau von

Raketenabwehrsystemen helfen.<sup>77</sup> Diese Politikstrategie ist jedoch aus verschiedenen Gründen inakzeptabel.

### Regionale Sicherheit

Ein nuklear bewaffneter Iran würde die regionale Sicherheitslage erheblich beeinflussen. Die Sicherheitsinteressen Israels wären unmittelbar berührt. Israel würde den iranischen Kernwaffenbesitz nicht einfach hinnehmen, müßte es doch befürchten, daß die iranische Führung ihm gegenüber offensiver auftritt. Möglichweise wäre mit der iranischen Nuklearisierung auch eine noch stärkere Unterstützung jener terroristischen und extremistischen Kräfte verbunden, die den Staat Israel zerstören wollen. Die ohnehin schon angespannte Lage im Nahen Osten würde sich noch weiter verschärfen, das Ziel, den Nahen Osten zu einer kernwaffenfreien Zone zu machen, rückte in noch weitere Ferne. Israel betrachtet seinen – allerdings nie offiziell zugegebenen – Kernwaffenbesitz als Lebensversicherung gegen alle Nachbarstaaten, die seine Existenz in Frage stellen. Wenn Iran – als einer dieser Staaten – über Kernwaffen verfügt, wird Israel mit Sicherheit noch weniger daran denken, seine Nuklearkoption aufzugeben. Was Israel konkret unternehmen würde, ist schwer zu sagen; präemptive Militärschläge gegen Iran sind immerhin denkbar.

Andere Nachbarstaaten Irans könnten sich sogar genötigt sehen, selbst Kernwaffen zu entwickeln. Wer immer in den kommenden Jahren Irak regieren wird, dürfte größte Schwierigkeiten damit haben, einen nuklear bewaffneten Nachbarn Iran zu akzeptieren, ohne für sich selbst die Nuklearkoption zu beanspruchen. Ein Nuklearwaffenstaat Iran wäre insofern eine schwere Hypothek für den politischen Neuanfang im Irak. Das ist auch ein wesentlicher Grund für die fehlende Bereitschaft der USA, eine nukleare Bewaffnung des Iran zu tolerieren.

Zu den Kandidaten für die Realisierung einer eigenen Nuklearwaffenoption könnte auch die Türkei

<sup>77</sup> Vgl. *Schake/Yaphe*, *The Strategic Implications of a Nuclear-Armed Iran* [wie Fn. 41].

gehören, die ihre militärische Zusammenarbeit mit Israel als Reaktion auf eine iranische Nuklearbewaffnung sicherlich intensivieren würde. Vor allem aber die saudische Führung könnte verstärktes Interesse an einer Nuklearwaffenoption entwickeln, um einem iranischen Anspruch auf eine eindeutige regionale Vormachtposition entgegenzutreten. Das Land verfügt bereits heute über weitreichende Raketen chinesischen Ursprungs (50–60 CSS-2 mit einer Reichweite von bis zu 700 km) und steht im Verdacht, das pakistanische Kernwaffenprojekt mitfinanziert haben. Einige Beobachter halten auch eine Vereinbarung zwischen Pakistan und Saudi-Arabien für möglich, nach der sich Saudi-Arabien an der Finanzierung von pakistanischen Nuklearsprengköpfen beteiligt und sie unter pakistanischer Kontrolle einlagert. Würde eine solche Vereinbarung realisiert, ist es nach Auffassung dieser Beobachter sehr wahrscheinlich, daß auch Ägypten seine nuklearen Ambitionen konkretisiert.<sup>78</sup>

Eine nukleare Bewaffnung Irans droht somit einen nuklearen Rüstungswettlauf zu entfesseln, der wegen seiner Mehrdimensionalität besonders gefährlich wäre. Instabilitäten würden sich auch daraus ergeben, daß die genannten Staaten – zumindest anfangs – kaum in der Lage wären, ihre Nuklearwaffen vor gegnerischen Ersteinsätzen zu schützen.

Allerdings müßte eine iranische nukleare Bewaffnung nicht zwangsläufig andere Staaten in der Region dazu animieren, sich selbst Kernwaffen zuzulegen. Denn neben einer iranischen Nuklearbewaffnung würde eine Vielzahl weiterer Einflußfaktoren auf die Entscheidungsfindung in den einzelnen Ländern einwirken. Sollten sich beispielsweise die Beziehungen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn entspannen, könnten die arabischen Länder von Nuklearplänen Abstand nehmen. Die Türkei als NATO-Mitglied wäre amerikanischem und europäischem Druck gleichermaßen ausgesetzt. Würde sie sich darüber hinwegsetzen und sich dennoch nuklear bewaffnen, rückte ein EU-Beitritt bestenfalls in noch weitere Ferne. Andererseits steht die Türkei als NATO-Mitglied unter dem nuklearen Schutz der USA und könnte somit eine iranische Nuklearrüstung sehr viel gelassener sehen als andere Länder in der Region.

Mit Sicherheit hätte ein nuklear bewaffneter Iran weitreichende Folgen für den Raum Naher Osten/Persischer Golf mit Wirkungen bis nach Südasien. Schon

wegen der Mitgliedschaft der Türkei in der NATO würde er die Atlantische Allianz direkt betreffen; und dies würde verstärkt in dem Maße gelten, in dem Iran nicht nur ABC-Waffen, sondern auch weitreichende Raketen und andere Trägermittel entwickeln würde. Käme es dazu, wäre auch die europäische Sicherheit direkt betroffen. Die USA würden einer nuklearen Rüstungsdynamik in der Region ohnehin nicht tatenlos zusehen. Eine mögliche Reaktion wäre, daß sie ihre Sicherheitsgarantien für einzelne Länder wie Saudi-Arabien oder Ägypten erweitert, damit diese Staaten auf den Erwerb eigener Nuklearwaffen verzichten. Eine andere Handlungsoption wäre, angesichts der nuklearen Dynamik durch verstärktes politisches Engagement dazu beizutragen, daß die Stabilität in der Region aufrechterhalten bleibt.

### Folgen für die iranische Politik

Sollte Iran tatsächlich Nuklearwaffen erwerben, hätte dies mit großer Wahrscheinlichkeit auch Folgen für die iranische Innenpolitik. Zu erwarten ist insbesondere ein Machtzuwachs der konservativen Sicherheitseliten. Angesichts der Fragilität der iranischen Gesellschaft dürfte der Westen zudem – ähnlich wie während des Kalten Krieges – der Stabilität den Vorrang vor der Demokratisierung einräumen. Ein nuklear bewaffneter Iran, der sich an den Rand einer erneuten Revolution zubewegt, würde in der Tat erhebliche Sicherheitsrisiken bergen, unter anderem möglicherweise den des unautorisierten Zugangs zu waffenfähigem Material oder sogar zu Nuklearsprengköpfen.

Iran könnte außerdem versucht sein, die neu erworbenen militärischen Instrumente in der Außenpolitik offensiv einzusetzen: allerdings nicht im Rahmen eines militärischen Einsatzes, sondern als Rückhalt für ein aggressiveres Verhalten den Nachbarn gegenüber – darunter auch Israel. Jedenfalls bezweifeln einige Beobachter, daß Iran sich im Falle eines Nuklearwaffenerwerbs eindeutig für ein defensiv angelegtes stabiles Abschreckungsverhalten entscheiden würde. Diese Einschätzung widerspricht nicht unbedingt der derzeit oft zu hörenden iranischen Argumentation, Iran benötige Kernwaffen um der eigenen Sicherheit willen. Angst und eine gewisse Arroganz paaren sich im iranischen Diskurs eben oft auf eine eigentümliche Weise. Daher wäre es durchaus möglich, daß Iran *nach* einem Kernwaffenerwerb ver-

<sup>78</sup> Vgl. Patrick Clawson, The Potential for Iran to Provoke Further Nuclear Proliferation in the Middle East, in: Whitlock (Hg.), Iran and Its Neighbors [wie Fn. 37], S. 53–56.

suchen könnte, dieses neue Kapital in außenpolitische Macht umzumünzen.<sup>79</sup>

### Folgen für die Nichtverbreitung

Eine offene nukleare Bewaffnung des Iran hätte darüber hinaus gravierende Folgen für alle existierenden Nichtverbreitungsregime. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind die Atomwaffenstaaten Pakistan, Indien und Israel keine NVV-Mitglieder, und Nordkorea will den NVV offen verlassen. Sollte sich Iran als weiterer Kernwaffenstaat nicht mehr an den NVV gebunden fühlen, wird dem NVV als Norm gegen die Verbreitung atomarer Waffen irreparabler Schaden zugefügt. Wie oben bereits ausgeführt, könnten zudem einige Nachbarn Irans mit der nuklearen Option liebäugeln. Die Gefahr bestünde, daß sich einige Staaten in anderen Regionen – die technisch in der Lage wären, in kurzer Zeit Kernwaffen zu bauen und dafür auch gute Sicherheitsgründe hätten – ebenfalls nicht mehr an den NVV gebunden fühlten. Das betrifft in erster Linie Japan, wo die Frage der nuklearen Bewaffnung heute schon sehr viel offener diskutiert wird als noch vor wenigen Jahren, aber auch Taiwan, das bereits in den achtziger Jahren nur unter amerikanischem Druck bereit war, sein Kernwaffenprojekt aufzugeben. Nicht zuletzt sind viele jetzige Nichtkernwaffenstaaten ohnehin schon seit langer Zeit mit vielen Aspekten des NVV-Regimes extrem unzufrieden, zum Beispiel mit den Exportkontrollen der Industrieländer und der mangelhaften Abrüstung der Kernwaffenstaaten.

Der entscheidende Punkt aber ist: Selbst wenn viele Staaten weiterhin Interesse an der Aufrechterhaltung der nuklearen Nichtverbreitungsregime hätten, könnte ein offener iranischer Kernwaffenerwerb das Ende des NVV bedeuten. Sollte der NVV als Kern der Nichtverbreitungsregime zerfallen, würden das CWÜ und das BWÜ mit großer Wahrscheinlichkeit schon bald in der Bedeutungslosigkeit versinken.

Angesichts der großen Gefahren, die von einer nuklearen Bewaffnung Irans ausgehen, muß sie unbedingt verhindert werden: Wie dieses Ziel erreicht werden könnte, soll anhand der folgenden Optionen diskutiert werden.

### Intervention

Grundsätzlich können drei Arten von Interventionen unterschieden werden: ein Krieg mit dem Ziel eines Regimewechsels nach dem Vorbild der Militäroperation im Irak, eine begrenzte Militäraktion gegen iranische Nukleareinrichtungen und verdeckte Operationen sowie die Unterstützung von Oppositionsgruppen mit dem Ziel, einen Regimewechsel in Teheran schrittweise herbeizuführen.

### Umfassende Militäroperation

Eine umfassende Militäroperation gegen Iran ist derzeit auszuschließen. Für sie gäbe es gegenwärtig auch keinen konkreten Anlaß: Anders als der Irak ist Iran nicht als Aggressor aufgetreten. Im UN-Sicherheitsrat sind folglich auch keine Resolutionen gegen Iran nach Kapitel VII der UN-Charta beschlossen worden. Im Unterschied zu Nordkorea hat Iran auch nicht erklärt, den NVV verlassen und ein Atomwaffenprogramm unterhalten zu wollen. Nach offiziellen iranischen Angaben existiert lediglich ein ziviles Nuklearprogramm. Die iranische Führung zeigt überdies die Bereitschaft, die in der Vergangenheit bei seinen Meldungen an die IAEO aufgetretenen Unregelmäßigkeiten gemeinsam mit der Wiener Behörde aufzuklären. Obgleich Iran keine Demokratie westlichen Musters ist und sicherlich Menschenrechtsverletzungen vorkommen, kann das politische Regime in keiner Hinsicht mit dem Regime Saddam Husseins im Irak oder Kim Jong IIs in Nordkorea gleichgesetzt werden. Im Gegenteil: Iran kann sogar darauf verweisen, im Unterschied zu anderen Staaten der Region – wie zum Beispiel Saudi-Arabien – demokratisch verfaßt zu sein. Eine Militäroperation gegen Iran hätte also keinerlei Legitimation. Außerdem wäre sie ein militärisch äußerst schwieriges Unterfangen und stünde vor noch viel größeren Herausforderungen als die Operation der alliierten Streitkräfte im Irak. Schließlich würde eine Besetzung Irans zusätzlich zu dem gegenwärtigen Engagement im Irak angesichts der dort aufgetretenen Schwierigkeiten auch die amerikanischen Kräfte überfordern.

Da die USA sich dessen bewußt sind, wird in Washington ein Krieg gegen Iran nicht ernsthaft erwogen; entsprechende Vorstellungen werden im Verteidigungsministerium sogar als gefährlich ab-

<sup>79</sup> Vgl. Cordesman, Iran and Nuclear Weapons [wie Fn. 58], S. 24.

gelehnt.<sup>80</sup> Angesichts der fehlenden Legitimationsgrundlage ist nahezu auszuschließen, daß sich eine internationale Koalition zur Durchführung einer Militäroperation gegen Iran zusammenfinden würde; selbst im (besser legitimierten) Fall des Irak-Krieges kam eine Koalitionsbildung nur unter Mühen zustande.

### Begrenzte Schläge gegen Nukleareinrichtungen

Begrenzte Militärschläge gegen iranische Nukleareinrichtungen wären ebenfalls äußerst problematisch, da auch sie keinerlei völkerrechtliche Legitimation hätten. Zudem würden viele Nicht-Kernwaffenstaaten Angriffe auf als zivile Einrichtungen deklarierte Anlagen im NVV-Kontext als anstößig ansehen. Sie müßten sich fragen, ob es eigentlich weiter in ihrem Interesse sein kann, sich einem Rüstungskontrollregime zu unterwerfen, das unterschiedliche Maßstäbe anlegt und einigen Staaten zumindest temporär das Privileg des Kernwaffenbesitzes einräumt. Für sie wäre es kaum nachvollziehbar, wenn das vertraglich zugesicherte Recht der Nicht-Kernwaffenstaaten auf freien Zugang zur friedlichen Nutzung von Kernenergie in der Weise unterlaufen wird, daß sich (Kernwaffen-) Staaten einseitig das Recht herausnehmen, entsprechende zivile Einrichtungen mit militärischen Mitteln zu zerstören. Ein Schlag gegen iranische Nukleareinrichtungen könnte insofern einem Schlag gegen das NVV-Regime selbst gleichkommen.

Abgesehen davon würde sich die Frage stellen, welche Ziele ausgewählt werden sollten. Eine Zerstörung des Reaktors in Buschehr zum Beispiel würde das iranische Nuklearprogramm nicht entscheidend treffen, dafür aber erhebliche diplomatische Komplikationen im Verhältnis mit Rußland nach sich ziehen, das am Aufbau dieser Anlage maßgeblich beteiligt ist. Die Anlage von Natans, derzeit eine Pilotanlage, ist noch nicht fertiggestellt. Eine Zerstörung des Betondaches über der noch weitgehend leeren Zentrifugenhalle wäre wenig sinnvoll. Da unbekannt ist, ob Iran an anderen Orten Urananreicherung betreibt, würde ein Beschuß der Baustelle in Natans nicht notwendigerweise Irans Fähigkeit zur Urananreicherung beeinträchtigen. Die Zerstörung der Baustelle von Arak könnte sich deshalb als überflüssig erweisen, weil Iran die Schwerwasser-Linie möglicherweise

wegen zu hoher Kosten wieder einstellt. Eine Zerstörung dieser Anlage würde das iranische Nuklearprogramm auch nicht gänzlich zerstören. Israel hatte 1981 durch den Beschuß des im Bau befindlichen Atomreaktors Osirak dem irakischen Atomwaffenprogramm einen Rückschlag versetzt, das Programm aber keineswegs völlig stoppen können. Saddam zog daraus seine Lehren, indem er sich im folgenden verstärkt darum bemühte, die Anlagen des irakischen Nuklearwaffenprogramms besser zu verstecken. Wäre es 1991 nicht zum Krieg gegen den Aggressor Irak gekommen, hätte Saddam Hussein vermutlich schon wenige Jahre später über Nuklearwaffen verfügt.

Wahrscheinlich würde auch die iranische Führung nach Angriffen auf seine Nukleareinrichtungen etwaige Bemühungen um den Erwerb von Atomwaffen eher intensivieren als einstellen. Darüber hinaus wäre zu befürchten, daß Iran Terroranschläge gegen Israel oder die USA unterstützen würde. Auf jeden Fall würde Iran verstärkt in Irak für Unruhe sorgen und über die Schiiten im Irak seinen Einfluß im Nachbarland sichern.<sup>81</sup>

Nicht zuletzt würden amerikanische Militärschläge gegen iranische Nukleareinrichtungen in der Region ohnehin vorhandenen anti-amerikanischen Gefühlen Auftrieb geben. Die USA würden somit das eigene übergeordnete Ziel konterkarieren, zu Demokratie und Stabilität in der Region beizutragen.

### Einflußnahme von außen

Schließlich bliebe der Versuch, von außen einen Regimewechsel in Teheran zu fördern, zum Beispiel durch die Unterstützung von Regimegegnern und Oppositionsgruppen. Diesen Ansatz scheint die Bush-Administration zu verfolgen. Allerdings ist nicht erkennbar, daß entsprechende Maßnahmen Bestandteil einer umfassender angelegten Politikstrategie der amerikanischen Regierung sind: Offen bleibt, welche Art von Regimewechsel ihr eigentlich vorschwebt und welche Kräfte an die Macht kommen sollten. Im Unterschied zur Regierung favorisiert die CIA verdeckte Operationen deshalb nicht, weil sie viel Zeit und Aufwand erfordern und gleichzeitig mit einem hohen Risiko behaftet sind.<sup>82</sup>

<sup>80</sup> Vgl. Anatol Lieven, Dangers of an Aggressive Approach to Iran, in: Financial Times, 8.6.2003, S. 12.

<sup>81</sup> Vgl. George Perkovich, Testimony before the U.S. House of Representatives, International Relations Committee, Hearing on Non-Proliferation, Washington, D.C., 4.6.2003, S. 8.

<sup>82</sup> Vgl. Reuel Marc Gerech, The Mullahs' Manhattan Project,



Die Förderung demokratischer Ansätze in Iran sollte gleichwohl das langfristige Ziel europäischer Politik sein – nur sollte europäische Demokratisierungspolitik möglichst nicht konfrontativ gestaltet werden, sondern die besonderen Gegebenheiten der iranischen Gesellschaft berücksichtigen: Die iranische Bevölkerungsstruktur ist durch einen hohen Anteil Jugendlicher geprägt. In weiten Teilen der Gesellschaft besteht eine gewisse Offenheit für westliche Werte. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die überwiegende Mehrheit der iranischen Bevölkerung trotz vielfältiger Kritik an den Herrschenden einer erneuten Revolution sehr reserviert gegenübersteht, schon weil sie gewalttätig eskalieren könnte. Hinzu kommt, daß es keine realistische politische Alternative zum derzeitigen System gibt. Auch Hoffnungsträger sind nicht erkennbar, die einen Kristallisationspunkt für eine politische Opposition und einen unerläßlichen Mobilisierungsfaktor darstellen könnten. Viele Oppositionelle fassen zudem Versuche externer Akteure, in ihrem Land die Demokratie fördern zu wollen, eher als Beleidigung auf. Würden die USA auf die innenpolitischen Belange Irans Einfluß zu nehmen versuchen, könnten diejenigen Machtzirkel das Nuklearprogramm forcieren, in denen über eine mögliche Atombewaffnung Irans entschieden wird. Insofern hätte das Bemühen um einen Regimewechsel in Iran sogar kontraproduktive Folgen.

Bis weit in das iranische Reform- und Oppositionslager hinein herrscht die Ansicht vor, Iran habe das Recht, die Nutzung modernster Technologien – darunter auch der Kerntechnik – voranzutreiben, um das Land auf diesem Wege zu modernisieren. Auch der Aufbau eines vollen nuklearen Brennstoffkreislaufes wird von den Vertretern dieser Auffassung insofern durchaus unterstützt. Selbst im Falle eines Regimewechsels würde Iran daher sein Nuklearprogramm aller Voraussicht nach weiterbetreiben. Auch wenn zunächst das Ziel der rein zivilen Nutzung im Vordergrund stehen könnte, wäre die Möglichkeit einer militärischen Nutzung dann jederzeit gegeben. Mit einem Regimewechsel in Teheran wäre jedenfalls keineswegs automatisch ein Verzicht auf eine Nuklearwaffen-Option verknüpft.

on the Issues, Washington, D.C.: American Enterprise Institute, 1.6.2003, S. 4.

## Rüstungskontrolle und Dialog

Die Analyse hat gezeigt, daß es weder akzeptabel ist, einen mit ABC-Waffen gerüsteten Iran zu dulden, noch daß die Aussicht besteht, durch Intervention entsprechende Waffenprogramme dauerhaft beenden oder in absehbarer Zeit einen Regimewechsel in Teheran herbeiführen zu können. So bleibt nur noch die Möglichkeit, von der einstweiligen Fortexistenz des derzeitigen iranischen politischen Systems auszugehen und Teheran davon abzuhalten, offen Nuklearwaffen zu bauen und den NVV zu verlassen. Eine Mischung aus politischem Druck und ökonomischen Anreizen dürfte die besten Erfolgsaussichten haben.

## NVV-Implementierung

Ein wesentliches Instrument, um Druck auf Teheran auszuüben, ist die Rüstungskontrolle. Iran ist in diesem Rahmen angehalten, durch erhöhte Transparenz nachzuweisen, daß es keine verbotswidrigen ABC-Waffen-Projekte unterhält. Entsprechende Forderungen richtete der Generaldirektor der IAEA, Mohammed ElBaradei, an Iran. Iran soll in diesem Sinne die komplette Entstehungsgeschichte des iranischen Urananreicherungsprogramms darlegen; Einblicke in alle Forschungsprojekte geben, die vor dem Baubeginn der Anlage in Natans durchgeführt worden sind; weitere Informationen über nicht gemeldete Anreicherungsprojekte in der Einrichtung von Kalaye liefern und die Möglichkeit einräumen, dort Umweltproben zu nehmen; und schließlich weitere Informationen über das Schwerwasserprogramm preisgeben. Auch war angeregt worden, in nächster Zeit kein Uran in der Anlage von Natans anzureichern. Iran konnte diese Forderungen jedoch zunächst zurückweisen. Der Führung in Teheran gelang es zudem, viele Vertreter nichtgebundener Staaten im IAEA-Gouverneursrat hinter sich zu bringen und eine Resolution abzuwenden, die das iranische Verhalten verurteilt hätte.

Iran ist also keineswegs im selben Maße isoliert wie Irak zu Zeiten Saddam Husseins oder derzeit Nordkorea. Vielmehr scheint sich nun das jahrelange Engagement Teherans in internationalen Rüstungskontrollforen ebenso auszuzahlen wie die Tatsache, daß Iran sich immer wieder als Sachwalter der Forderungen und Anliegen der nichtgebundenen Staaten profilierte. Dabei agiert die iranische Führung ge-

schickt, indem sie immer wieder partiell auf Forderungen nach erhöhter Transparenz eingeht, ohne sie jedoch gänzlich zu erfüllen.

Auch wenn es gelingen würde, Iran zu einer Inkraftsetzung des IAEO-Zusatzprotokolls zu bewegen, wäre doch unsicher, ob das Land tatsächlich auf die heimliche Urananreicherung an nicht gemeldeten Anlagen verzichtet oder andere Aktivitäten in Zusammenhang mit einem Nuklearwaffenprojekt entfaltet. Das Risiko der Entdeckung wäre allerdings für Iran wesentlich größer, da unter den Bedingungen des Zusatzprotokolls IAEO-Inspektoren nicht gemeldete Einrichtungen mit relativ geringem zeitlichem Vorlauf aufsuchen könnten. Schließlich bliebe Iran auf jeden Fall die Ausstiegsoption: Nach der Kündigung des NVV wäre es möglich, ohne jede weitere Überwachung Uran anzureichern oder Schwerwasser-Anlagen zu betreiben.

Die Europäische Union hat sich entschieden, die Inkraftsetzung des IAEO-Zusatzprotokolls durch Iran eng mit Verhandlungen über ein Handels- und Kooperationsabkommen zu verknüpfen. An einem solchen Abkommen hat Iran ein sehr starkes Interesse – nicht nur weil die EU ein wichtiger Handelspartner ist, sondern auch weil ein Übereinkommen mit Europa die Tür für den von Teheran angestrebten WTO-Beitritt öffnen würde. Dennoch hat dieser Ansatz der EU einen gravierenden Nachteil: Das Handelsabkommen wird vermutlich erst 2009 oder 2010 ausverhandelt sein, so daß es nicht unmittelbar und unverzüglich Einfluß auf den Fortgang des iranischen Nuklearprogramms nehmen kann. Ungeachtet dessen zeigte sich die EU entschlossen, auf Iran mit dem Ziel einzuwirken, ein etwaiges Nuklearwaffenprogramm zu unterbinden: Europa geht über den vormaligen »kritischen Dialog« hinaus und ist mit seinem Standpunkt, daß ein iranisches Nuklearprogramm nicht akzeptabel wäre, nicht weit von dem der USA entfernt.<sup>83</sup>

Ein weitergehender Ansatz sollte darauf abzielen, daß Iran sein Schwerwasserprogramm und die Urananreicherung vollständig einstellt. Als Ausgleich für diesen Verzicht könnte vereinbart werden, daß Iran Brennstäbe für Kernreaktoren erhält, die nach Gebrauch von den Lieferländern zurückgenommen würden. Unter diesen Bedingungen hätte Iran praktisch kaum eine Möglichkeit, sich Zugang zu spaltbarem Material für den Bombenbau zu verschaffen.

<sup>83</sup> Siehe dazu die Zusammenfassungen der griechischen EU-Ratspräsidentschaft zum EU-Gipfel in Saloniki vom 19. bis 20. Juni 2003: <[www.eu2003.gr/en/articles/2003/6/20/3121/](http://www.eu2003.gr/en/articles/2003/6/20/3121/)>.

Gleichzeitig ließe sich das zivile Nuklearprogramm fortführen, dessen völlige Aufgabe für Teheran schon aus Prestige Gründen inakzeptabel wäre. Ein weiterer Vorteil wäre, daß Rußland in eine vom Westen vorgegebene Strategie fest eingebunden werden und seine wirtschaftlichen Interessen in Iran zur Geltung bringen könnte.

Für die Verwirklichung eines solchen Ansatzes müßten jedoch eine Vielzahl von Hürden überwunden werden. Iran würde wahrscheinlich einwilligen, seine Schwerwasser-Linie aufzugeben, zumal sie sehr kostenintensiv und wirtschaftlich ineffektiv ist. Sehr fraglich ist jedoch, ob Iran bereit sein würde, auf die Möglichkeit der eigenständigen Urananreicherung zu verzichten. Schließlich hat Iran viel Geld und Mühen in den Aufbau der entsprechenden Fähigkeit investiert. Mit einem solchen Verzicht würde Iran sich wieder völlig in Abhängigkeit von anderen, vor allem westlichen Staaten begeben – und das lehnt die derzeitige iranische Führung entschieden ab. Wenn überhaupt, wäre eine entsprechende Vereinbarung für Teheran nur akzeptabel, wenn sie auf der innenpolitischen Bühne als Manifestation einer neuen und starken Unterstützung des Westens für die Modernisierung des Iran verkauft werden könnte.

Hürden bestehen aber auch auf westlicher Seite. Zwar waren die USA, Deutschland und Frankreich zu Zeiten des Schah zur Lieferung von Reaktorbrennelementen bereit, doch heute dürfte die Bush-Administration nach den Erfahrungen mit Nordkorea wohl kaum die zivile Nutzung der Kernenergie in einem Land unterstützen, das möglicherweise wie Pjöngjang die westliche Hilfe annimmt, ohne dafür aber auf die Kernwaffenoption zu verzichten. Dann müßten die USA auch die Kernanlage in Buschehr offiziell unterstützen, obwohl sie seit Jahren gegen dieses Projekt opponierten und Rußland davon zu überzeugen suchten, seine Unterstützung einzustellen. Statt dessen müßte die internationale Gemeinschaft sich dazu durchringen, das geringe Proliferationsrisiko zu akzeptieren, das von den Buschehr-Kernreaktoren ausgeht. Schließlich müßte ein Abkommen mit der derzeitigen iranischen Führungselite getroffen werden, was um so schwerer fiel, wenn das Regime innenpolitisch durch Studentenproteste oder andere Konflikte in Frage gestellt wäre. Ohne amerikanische Rückendeckung hätte die EU große Schwierigkeiten, Iran von der Aufgabe der Urananreicherung zu überzeugen. Auch wenn die EU für Teheran als Handels-, aber auch als politischer Partner sehr wichtig ist, bleibt die iranische Politik letztlich doch auf Washing-

ton fokussiert – nicht zuletzt deshalb, weil Amerika der wichtigste politische und militärische Akteur in der Region ist und den größten Einfluß auf Israel hat.

Darüber hinausgehend wird aber auch erwo-gen, von Teheran die völlige Aufgabe des geschlossenen nuklearen Brennstoffkreislaufes – also der Uran-anreicherung und der Schwerwasserproduktion – zu fordern und diese Forderung mit den Verhandlungen über das europäisch-iranische Handels- und Koopera-tionsabkommen zu verknüpfen, ohne Iran gleichzeitig die Versorgung mit Brennelementen zuzusichern.<sup>84</sup> Dieses Ansinnen scheint jedoch wenig aussichtsreich zu sein. Zum einen ist fraglich, ob eine solche Stra-tegie innerhalb der Europäischen Union konsensfähig wäre – vor allem Frankreich scheint nicht gewillt, so weit zu gehen. Zum anderen hat der außerordentlich einflußreiche ehemalige iranische Präsident Rafsan-jani bereits Position bezogen: Für Iran sei es völlig inakzeptabel, bei seinen Bemühungen um die fried-liche Nutzung der Kernenergie auch nur einen Schritt zurückzugehen.<sup>85</sup> Auch wenn dies eine Drohgebärde sein mag, muß sich die Europäische Union doch darüber im klaren sein, daß sie ihren Einfluß auf Iran verlieren könnte, wenn sie ihn mit zu weitgehenden Forderungen konfrontiert: Die iranische Führung könnte im Extremfall die Verhandlungen über das Handels- und Kooperationsabkommen abbrechen und sich verstärkt anderen Wirtschaftspartnern wie Ruß-land oder auch Indien zuwenden. Im Ergebnis würde die EU die Möglichkeit einbüßen, einen breit an-gelegten Dialog mit Iran fortzusetzen, der es ihr er-laubt, über die ganze Bandbreite politischer Beziehun-gen Einfluß zu nehmen – neben der Proliferations-frage eben auch auf die Förderung von Demokratie und Menschenrechten.

### CWÜ-Implementierung

Die Rüstungskontrolle könnte auch bei anderen Waffenkategorien als mögliches Druckmittel ein-gesetzt werden. Während das BWÜ keine effektiven

<sup>84</sup> Entsprechende Überlegungen wurden von Bundesaußen-minister Fischer offenbar in einer vertraulichen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages an-gestellt, wobei er u.a. die Unterstützung des außenpoliti-schen Sprechers der CDU/CSU-Fraktion erhalten haben soll. Vgl. Fischer will mehr Druck auf Iran, in: Frankfurter Allge-meine Sonntagszeitung, 6.7.2003, S. 2.

<sup>85</sup> Vgl. Najmeh *Bozorgmehr*, IAEA Seeks to Ease Iran Fears over Protocol, in: Financial Times, 10.7.2003, S. 5.

Verifikationsmechanismen vorsieht, hat jeder CWÜ-Vertragsstaat die Möglichkeit, eine Verdachtsinspek-tion in jeder beliebigen Einrichtung oder jedem belie-bigen Ort eines anderen Vertragsstaates zu bean-tragen. Dieses Instrument ist von den Vertragsstaaten allerdings noch nie genutzt worden. Das liegt vor allem daran, daß der beantragende Staat im Exekutiv-ausschuß der OVCW geheimes Material vorlegen müßte, das seinen Verdacht auf Vertragsverstoß stützt – eine Hürde, vor der viele westliche Staaten, insbeson-dere die USA, bis jetzt zurückgeschreckt sind, da aus geheimdienstlichen Unterlagen auf die zugrunde-liegenden Quellen geschlossen werden könnte. Da das Instrument der Verdachtsinspektion seit Inkrafttreten des CWÜ noch nie eingesetzt wurde, ist es zudem poli-tisch stark aufgeladen: Würde ein Verdacht auf Ver-tragsuntreue ausgesprochen, schließe dies entspre-chend hohe politische Wellen. Ein beantragender Staat müßte sich daher sehr sicher sein, daß bei einer Verdachtsinspektion in Iran auch wirklich Verbotenes gefunden würde. Andernfalls bestünde die Gefahr, daß Iran einen Mißerfolg bei der Suche nach verborgen- Waffensystemen propagandistisch aus-nutzt. Die Verfahrensregeln für Verdachtsinspek-tionen bieten jedoch Spielraum genug, daß sich selbst bei starken Verdachtsmomenten möglicherweise keine Vertragsverstöße feststellen lassen. So können zwischen der Bekanntgabe des zu inspizierenden Ortes und der Ankunft der Inspektoren bis zu 48 Stunden vergehen, und der inspizierte Staat muß auch keineswegs völlig unbeschränkter Zugang zu der inspizierten Einrichtung gewähren.

Irans potentielle Fähigkeiten zur Herstellung von Chemiewaffen sind eng mit der zivilen Chemie-industrie verknüpft, kleinere verborgene Bestände chemischer Kampfstoffe wären nur schwer zu ent-decken. Schließlich besteht unter den CWÜ-Vertrags-staaten keine Einigkeit darüber, inwieweit vor einer Verdachtsinspektion alle Mittel der bilateralen Klärung von Verdachtsmomenten ausgeschöpft sein müssen. Iran befindet sich mit seiner Position, einer Verdachtsinspektion müßten ausgedehnte Klärungs-prozesse vorangehen, in der Gesellschaft von Staaten wie Indien und Pakistan, aber auch Rußland. Diese Position kann als weiterer Beleg dafür gewertet werden, daß das iranische Engagement in Rüstungs-kontrollforen auch als Mechanismus zum Schutz eigener verdeckter Aktivitäten dienen kann.

Die USA würden vor dem Hintergrund der bislang erfolglosen Suche nach ABC-Waffen im Irak derzeit ohnehin nicht das Risiko des Mißerfolgs einer CWÜ-

Verdachtsinspektion in Iran eingehen wollen. Zumal Iran im Gegenzug darauf verweisen könnte, daß der US-Präsident laut amerikanischer nationaler Gesetzgebung das Recht hat, CWÜ-Verdachtsinspektionen abzulehnen. Die iranische Führung könnte also ihrerseits zum propagandistischen Angriff übergehen, was ihm bei vielen nichtgebundenen Staaten weitere Pluspunkte einbrächte. Daher sollten auch europäische Staaten und nicht die USA eine CWÜ-Verdachtsinspektion in Iran beantragen, die angesichts der Widersprüche in der iranischen Erstdeklaration zweifelsohne gerechtfertigt wäre. Politisch klug wäre es, zunächst in einem anderen Vertragsstaat eine Verdachtsinspektion durchzuführen, um somit den Druck zu vermindern, in Iran unbedingt etwas finden zu müssen.<sup>86</sup> Auf jeden Fall würde ein solches Antragsverfahren Iran verdeutlichen, daß westliche Staaten entschlossen sind, alle zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um iranische ABC-Waffenprojekte zu unterbinden.

### Die Rüstungskontrolle wieder attraktiver machen

Das Instrument der Rüstungskontrolle sollte jedoch nicht nur als Druckmittel dienen. Darüber hinaus käme es darauf an, zumindest einige Kritikpunkte Irans an der Umsetzung von Rüstungskontrollvereinbarungen aufzunehmen, um diejenigen Kräfte in Teheran zu stützen, die an kooperativen Lösungsansätzen festhalten wollen. Allerdings wird auch dieses Ziel nicht leicht zu erreichen sein. Denn einige Praktiken, die das Mißfallen Irans finden, sind fester Bestandteil westlicher Nichtverbreitungspolitik. Dazu gehören die Exportkontrollen, die in der Vergangenheit proliferationsrelevante Projekte in Iran und in anderen Staaten zumindest verlangsamt haben. Auch wenn sich mehr und mehr herausstellt, daß Exportkontrollen Staaten nicht dauerhaft daran hindern können, bestimmte kritische Technologien zu beschaffen, bringt die Verweigerung des Zugangs zu fortgeschrittenen Technologien aus westlicher Sicht doch einen wichtigen Zeitgewinn.

<sup>86</sup> Zu ähnlichen Überlegungen zur künftigen Nutzung des Instruments der CWÜ-Verdachtsinspektion, wenn auch nicht konkret auf Iran bezogen, kommt Jonathan Tucker (Hg.), *The Conduct of Challenge Inspections under the Chemical Weapons Convention, Proceedings of an Expert Workshop Held on May 29–31, 2002 in Washington, D.C.*, Monterey Institute of International Studies, Center for Nonproliferation Studies.

Ein mögliches Verhandlungsangebot wäre, iranische Kernkraftwerke mit Brennstäben zu bestücken, wenn Teheran dafür auf die Urananreicherung und auf seine Schwerwasserprojekte verzichtet. Der Reiz dieses Vorschlages besteht darin, daß der Westen iranischen Forderungen nach Zugang zu modernsten Technologien entsprechen kann, während gleichzeitig proliferationsrelevante Technologien unterbunden würden. Dies könnte zumindest bei einigen Akteuren in Iran die Kritik an der als diskriminierend empfundenen westlichen Exportkontrollpolitik abmildern.

Der iranische Vorwurf doppelter Standards, der sich vor allem gegen Israels Atomwaffenbesitz und seine Nichtmitgliedschaft im NVV richtet, dürfte nur schwer zu entkräften sein. Immerhin ist nicht zu erwarten, daß Israel seine Nuklearpolitik angesichts der ihm feindlich gesonnenen Umwelt und seiner geostrategischen Lage in naher Zukunft ändern wird, so sehr dies auch im Sinne des NVV wünschenswert wäre. Einen anderen Ansatz böte Nordkorea. Sollte der nordkoreanischen Führung nicht Einhalt geboten werden, würde dies das iranische Argument der doppelten Standards untermauern. Umgekehrt würde der entschlossene Versuch, Nordkorea zurück in den NVV zu zwingen, Rüstungskontrollbefürwortern in Teheran signalisieren, daß es auch für Iran besser ist, in den entsprechenden Nichtverbreitungsregimen zu verbleiben.

Schließlich könnten sich einige atmosphärische Veränderungen westlicher Rüstungskontrollpolitik – vor allem der amerikanischen – als hilfreich erweisen. So hat die amerikanische Gepflogenheit, Iran gemeinsam mit einigen anderen Staaten etwa in Überprüfungskonferenzen öffentlich als Vertragsverletzer zu brandmarken, die Rüstungskontrollbefürworter in Teheran im inneriranischen Diskurs eher geschwächt. Daher wäre es besser, wenn diese Art der Konfrontation künftig vermieden würde.

### Regionale Sicherheit

Letztlich wird es aber nicht nur darauf ankommen, die Instrumente der Rüstungskontrolle sowie ökonomische Anreize zu nutzen. Iran müßte auch verdeutlicht werden, daß es keine Kernwaffen benötigt, um seine Sicherheit zu gewährleisten oder seinen Status zu verbessern. Der Sturz von Erbfeind Saddam Hussein hat in dieser Hinsicht sicher zunächst für eine gewisse Entlastung gesorgt. Nun käme es darauf an,

iranische Ängste vor einer amerikanischen Einkreisungsstrategie zu zerstreuen. Da hierfür vor allem ein Wandel der amerikanischen Iran-Politik notwendig wäre, sind die europäischen Einflußmöglichkeiten begrenzt. Dennoch könnten europäische Regierungen ihre Bemühungen weiter intensivieren, gemäßigte Kräfte in Iran zu stützen, so daß auch der iranische Rückhalt für bestimmte Terrorgruppen schwindet, der die Konfliktlage im Nahen Osten negativ beeinflusst. Dies wiederum wäre eine wichtige Voraussetzung für die US-Regierung, gegenüber Teheran wieder gemäßigtere Töne anzuschlagen und sogar – wie von Vertretern des US-Außenministeriums erwogen – in den Kampf gegen den internationalen Terrorismus einzubinden.

Auf jeden Fall wäre es sehr wichtig, wenn Washington und Teheran überhaupt wieder miteinander ins Gespräch kämen. Kontakte sind von iranischer Seite Mitte Juli 2003 angeboten worden. Doch scheint in der Bush-Administration derzeit nur eine Minderheit der Ansicht zu sein, daß der Versuch einer Einbindung Irans im Wege von Gesprächen und Verhandlungen erfolgen sollte.<sup>87</sup>

Vielleicht kommt es aber doch noch – eines nicht allzu fernen Tages – zu einer Spitzenbegegnung zwischen dem amerikanischen und dem iranischen Präsidenten. Immerhin waren die Präsidenten Clinton und Chatami von einem solchen Treffen nur noch einen Schritt weit entfernt, nachdem sie sich im September 2000 bei der UN-Generalversammlung in New York aufmerksam zugehört hatten. Da der amtierende Präsident Chatami jedoch nicht wiedergewählt werden kann, hätte George W. Bush vor den nächsten US-Präsidentchaftswahlen 2004 durch eine Begegnung mit seinem iranischen Gegenüber nichts zu gewinnen.

Der Nachfolger Chatamis könnte ab 2005 Rafsanjani heißen. Mit ihm käme in Iran ein Pragmatiker an die Macht, der die Interessen der iranischen Handelsbourgeoisie vertritt und anscheinend schon seit einiger Zeit das Ziel der Normalisierung der amerikanisch-iranischen Beziehungen verfolgt.<sup>88</sup> Anders als Chatami wäre Rafsanjani für die USA insofern ein interessanter Partner, als er die notwendige innenpolitische Unterstützung hätte, um eine Kehrtwende in den Beziehungen mit Washington durchzusetzen. Angesichts der Fragilität der iranischen Gesellschaft

und des Drangs weiter Teile der Bevölkerung – besonders der jungen Generation –, das islamistische System zu überwinden, stünde jede amerikanische (und europäische) Annäherungspolitik jedoch immer wieder vor der moralischen Frage, ob es richtig ist, die Nähe zu den alten Herrschaftseliten zu suchen.

In den USA könnte George W. Bush in einer möglichen zweiten Amtszeit gewillt sein, das Thema Iran kooperativ zu lösen – bekanntlich sind amerikanische Präsidenten in ihrer zweiten Amtszeit stets darum bemüht, durch herausragende Leistungen in die Geschichte einzugehen. Vielleicht würde auch ein demokratischer Nachfolger Bushs neue Wege in der amerikanischen Iran-Politik einschlagen. Ziel aller Bemühungen müßte auf jeden Fall sein, wirksam und nachhaltig zu verhindern, daß Iran in den Besitz von ABC-Waffen gelangt.

## Abkürzungen

ABC	Atomar, Biologisch, Chemisch
BWÜ	Biologie-Waffen-Übereinkommen
CIA	Central Intelligence Agency
CRS	Congressional Research Service
CW	Chemiewaffen
CWÜ	Chemiewaffen-Übereinkommen
EU	Europäische Union
IAEA	International Atomic Energy Agency
IAEO	International Atomic Energy Organization
INFCIRC	Information Circular
MERIA	Middle East Review of International Affairs
NPT	(Nuclear) Non-Proliferation Treaty
NVV	(Nuklearer) Nichtverbreitungsvertrag
OPCW	Organisation for the Prohibition of Chemical Weapons (The Hague)
OVCW	Organisation für das Verbot zur Vernichtung chemischer Waffen (Den Haag)
UN	United Nations
WTO	World Trade Organization

<sup>87</sup> Vgl. Guy Dinmore, US Rebuffs Iran offer of Nuclear Talks, in: Financial Times, 14.7.2003, S. 5.

<sup>88</sup> Vgl. Reissner, Iran nach dem Irak-Krieg [wie Fn. 45], S. 11ff.